

Deutsche Freiheit

Einzige unabhängige Tageszeitung Deutschlands

Nummer 115 — 1. Jahrgang

Saarbrücken, Freitag, 3. November 1933

Chefredakteur: M. Braun

Aus dem Inhalt

Sittlichkeitsverbrecher als
Nazizeuge

Seite 4

Panther in Freiheit

Seite 5

Regierung
und Volk an der Saar

Seite 8

Inseratenteil beachten!

„Arbeitsschlacht“ und Aufrüstung

Hochbetrieb in der Rüstungsindustrie zur Aufnahme von Erwerbslosen

F. S. In der letzten Zeit mehren sich die Nachrichten aus den verschiedensten Teilen Deutschlands, insbesondere aus Bayern, aber auch aus dem Rheinlande und aus Schlesien, nach denen eine neue akute Verschärfung der Schwierigkeiten dadurch eingetreten ist, daß zahlreiche Menschen, die im Sommer vorübergehend in der Landwirtschaft Unterkunft gefunden hatten, jetzt wieder erloschen sind. Eine ähnliche Entwicklung war zu erwarten, weil das ganze Arbeitsbeschaffungsprogramm Hitlers bisher darauf aufgebaut war, die nominellen Ziffern der Erwerbslosenstatistik sinken zu lassen, indem man den Unterstützten eine vorübergehende, wenn auch zumeist unbezahlte Beschäftigung in der Landwirtschaft bot.

Diese Fiktion hat in den Herbstmonaten ihr natürliches Ende gefunden, nachdem die Landwirtschaft keine Unterstützungsmöglichkeiten mehr bietet und nachdem sie bei ihrer eigenen, besonders im kleinen und mittleren Bauernbesitz überhaupt trostlosen Lage es ablehnt, die ihr zugewiesenen Erwerbslosen über den Winter zu behalten.

Der Versuch, die Landwirte auf dem Wege der Gesetzgebung zu zwingen, die ihnen zugewiesenen Arbeitslosen dort überwinteren zu lassen, ist allerdings gemacht worden. Er endete aber mit einem vollständigen Mißsoll, da die Stimmung in der Landwirtschaft an und für sich keineswegs günstig ist. Nach den neuen Agrargesetzen wird den Landwirten nämlich genau vorgeschrieben, was und wieviel sie anbauen dürfen, wann, wieviel und zu welchen Preisen sie verkaufen können und wie sie ihren Besitz überhaupt zu bewirtschaften haben. Die Landwirtschaft fühlt sich jetzt am Ende der Ernteperiode enttäuscht als je und es bleibt daher gerade jetzt völlig unmöglich, ihr neue Opfer anzumuten, die sie in eine vielleicht unvermeidliche Opposition zu einem Regime bringen müßte, das ihr schlechterdings jede eigene Entscheidung über ihren Besitz entzogen hat.

Die deutsche Sozialpolitik sieht also jetzt vor der Schicksalsfrage, was aus den Millionen von Arbeitslosen werden soll, die man im Sommer vorübergehend untergebracht hat und durch deren „Einklinkung in die Landwirtschaft“ man größtenteils die Fiktion aufrecht erhalten konnte, die Arbeitslosigkeit sei um viele Millionen vermindert oder — in der poetischen Sprache des „dritten Reiches“ — die erste Arbeitsschlacht sei gewonnen.

Man darf bei der sich hier zeigenden Schwierigkeit, die augenblicklich neben der währungsrechtlichen, die durch die Veränderung des Reichsbankstatutes vorläufig beseitigt ist, die größte des ganzen Hitler-Systems am Winterbeginn sein dürfte, nicht vergessen, daß es sich um ein doppeltes Problem handelt. Einerseits muß man nämlich aus innen- und außenpolitischen Motiven den sehr üblen Eindruck vermeiden, den das unausbleibliche neue Emporschnellen der Arbeitslosenziffern in der ganzen Welt hervorrufen müßte; andererseits ist man aber auch nicht in der Lage, den Erwerbslosen jetzt neuerdings die Mittel wieder zuzuwenden, die man ihnen durch die sogenannte Arbeitsbeschaffung — anders ausgedrückt: den organisierten Unterhaltungs-Einsatz — während der Sommermonate genommen hat. Diese Ersparnisse am Sozialetat sind nämlich rechtlos den Zwecken der militärischen Aufrüstung zugewandt worden. Die Rüstungsaufträge, mit denen man die Industrie seit Monaten „anfeuert“, wurden bisher vorwiegend aus dem Mitteln finanziert, die man bei der Verminderung des Sozialetats eingespart hatte. Heute, nach dem Austritt Deutschlands aus dem Völkerbunde, steht man offensichtlich am Beginn einer Periode neuer großer Rüstungsaufträge, und da man Anleihen weder im Ausland bekommt, noch im Inlande anzulegen vermag, muß man auf irgendwelchen anderen Wegen neue Finanzierungsmittel beschaffen. In keinem Falle aber darf man durch eine Vermehrung der Unterstützungsberechtigten, die jetzt aus ihren Sommerquartieren bei der Landwirtschaft zu den Arbeitsämtern zurückkehren wollen, die Soziallasten erhöhen.

In dieser Situation, der sich die deutsche Wirtschaftspolitik unmittelbar vor der sogenannten Reichstagswahl anschaut, sieht man sich immer deutlicher zwei Wege ab, auf denen man sich jetzt einer Periode verschärfter Aufrüstung zuwendet.

Bei der Unsicherheit der internationalen politischen Lage weiß man nicht, wie lange diese Periode überhaupt dauern wird, und man ist daher mit allen Mitteln bemüht, jede neue Belastung des schon jetzt völlig zerrütteten Staats durch die Erhöhung der Sozialausgaben im Winter zu vermeiden. Das, was unbedingt aus Gründen des innerpolitischen Prestiges und der Propaganda getan werden muß, um die

äußerste Not wenigstens etwas zu mildern, geschieht auf dem rein charitativen Wege der Winterhilfe, deren erste tappende Versuche, wie die Einführung des „Eintopfgerichtes“, allerdings täglich gescheitert sind. Darüber hinaus aber ist man bemüht, die Auszahlung neuer Unterstühtungen dadurch zu vermeiden,

daß man die jetzt aus der Landwirtschaft zurückkehrenden, von den Ämtern der Arbeitsämter seit Monaten getriebenen Erwerbslosen so schnell wie möglich in der Rüstungsindustrie unterbringt.

Dazu bedarf es eines beschleunigten Tempos bei der Auftragserteilung, das sich im übrigen ja auch aus naheliegenden außenpolitischen Gründen empfiehlt. Die Verdoppelung der Belegschaft der Kruppischen Eisenwerke, die neuerlich feststellbare starke Erhöhung der Metallindustrie usw. bringen immer wieder Beweise, daß diese Entwicklung sehr schnell in Gang kommt. Eine weitere Abnahme der Arbeitslosenziffern ist allerdings nicht zu verzeichnen, aber schon der September blieb nach den amtlichen Anzeigen ohne jede Vermehrung der Anzahl der Unterstützungsberechtigten. Die Erwerbslosen werden aus den sommerlichen Arbeitsdienstlagern und aus der Landwirtschaft auf möglichst kurzem Wege in die Rüstungsindustrie überführt. Das Arbeitsamt darf nicht einmal als Zwischenstation durchlaufen werden. Der enge Zusammenhang zwischen dem sogenannten Arbeitsbeschaffungsprogramm der Hitler-Regierung und der Erteilung von Rüstungsaufträgen wird beim Verannabern der kalten Jahreszeit von Woche zu Woche deutlicher.

Rebenher läuft zur Finanzierung und Unterstützung dieses immer eindeutiger werdenden „Arbeitsbeschaffungsprogrammes“ für den kommenden Winter allerdings die Erhöhung des Tempos der Rotenpresse.

In engem Zusammenhange mit dem neuen Programm einer wenigstens die Wintermonate überdauernden verstärkten Aufrüstung, deren Beginn äußerlich durch den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbunde angezeigt wurde, hat man sich rechtzeitig die Veränderung des Reichsbankstatutes in Basel bewilligen lassen. Die Rotenpresse wird schon sehr bald in ähnlicher Weise Ueberstunden machen, wie die Rüstungsindustrie und nur derjenige, der die wirtschaftlichen Zusammenhänge nicht sieht oder nicht sehen will, wird sich dadurch imponieren lassen, auch die nächsten Wintermonate oder Wahrscheinlichkeit nach unter diesen Verhältnissen keine große Steigerung der deutschen Arbeitslosenziffern ausweisen werden.

Republikler verbo'en!

Dollfuß lehnt Empfang von Betriebsobleuten ab

Wien, 2. Nov. Die Wiener Sozialdemokraten hatten für den 12. November d. J. den Gründungsstag der österreichischen Republik, eine Republikfeier, verbunden mit dem jährlich üblichen Aufmarsch über die Ringstraße angemeldet. Dieser Aufmarsch ist verboten worden; auch soll eine Umgehung dieses Verbotes, etwa wie sie am 1. Mal geschehen ist, auf alle Fälle verhindert werden.

Da der Tag der Republik in diesem Jahr auf einen Sonntag fällt, brauchte wegen des Feiertages selbst keine bestimmte Vorfrage getroffen zu werden. Entgegen der Gepflogenheit früherer Jahre scheint die Regierung diesmal jedoch nicht die Absicht zu haben, diesen Tag überhaupt durch besondere Feiern zu ehren. Wenigstens hat man bis jetzt noch nichts davon gehört. Die Republikfeiern in den Schulen sind abgesagt worden mit der Begründung, daß erst am 7. Oktober eine Staatsfeier (Türkenbeizeungsfeier) stattgefunden habe.

Die die „Sozialdemokratische Korrespondenz“ mitteilt, hat am Montag eine Versammlung von 400 Betriebsratsobmännern der großen Wiener Betriebe stattgefunden, die eine Delegation von 15 Mitgliedern wählte, die den Bundeskanzler Dr. Dollfuß über die Stimmung und über die Beschwerden unter der sozialdemokratischen Arbeiterschaft unterrichten sollte. Diese Delegation wurde im Bundeskanzleramt von Dr. Dollfuß jedoch nicht empfangen; es wurde ihr mitgeteilt, daß der Bundeskanzler keine Zeit habe und daß die Abordnung später verständigt werden würde, wann sie empfangen werden könnte. Die „Sozialdemokratische Korrespondenz“ knüpft an diese Mitteilung Erinnerungen an die Vorkriegszeit, wo Arbeiterdelegationen von den Regierungschefs immer empfangen worden seien.

Siege der Arbeiterpartei

Die Labour-Mehrheit für die nächsten Parlamentswahlen kündigt sich an!

London, 2. November. Die bisher vorliegenden Ergebnisse der Gemeinderatsersatzwahlen in über 300 Städten von England und Wales lassen eine starke Zunahme der Vertreter der Arbeiterpartei auf Kosten der Konservativen, Liberalen und Unabhängigen erkennen.

Englischer Brief

London, 31. Oktober 1933.

Die Engländer gelten als das schlechthin politische Volk. Aber man kann nicht genug betonen, daß die Engländer sich in der Politik keineswegs nur von kühlen Erwägungen leiten lassen. Vielmehr ist die Politik keines anderen Volkes so sehr von Gefühlregungen abhängig wie die des englischen. Deshalb ist die englische Politik für Außenstehende auch oft kaum zu verstehen.

Das gilt auch für die Haltung der Engländer gegenüber Hitler. Hitler und die Seinen legen beharrlich den größten Wert darauf, enge Beziehungen zu England herzustellen. Schon in seinem Buch „Mein Kampf“ träumte Hitler von einem deutsch-englisch-italienischen Bündnis gegen Rußland und Frankreich. Er war tief enttäuscht, als die Engländer die kalte Schulter zeigten.

Es sind an dieser Stelle immer wieder englische Pressestimmen veröffentlicht worden, die scharf gegen die Hitlerbarbarei Stellung nehmen. Aber es wäre dennoch eine Illusion, nun einfach England als aktive Kraft gegen das faschistische Deutschland zu betrachten. So einfach liegen die Dinge nicht. Vielleicht wird mancher sich vorstellen, daß die Linke in England gegen Hitler ist, während die Stimmung immer hitlerfreundlicher wird, je weiter nach rechts man kommt. Aber wer so denkt, kennt die englischen Eigenarten nicht. Auch hier liegen die Dinge wesentlich komplizierter.

Wenn man die Stellung der Engländer gegenüber dem Hitlerregime untersucht, muß man vor allem zwischen zwei Dingen unterscheiden, zwischen der allgemeinen Stellung zum Hitlerregime und zwischen der Beurteilung der Abrüstungs- und Völkerbundspolitik der Hitlerregierung.

Zunächst die allgemeine Stellung. Die Schandtaten des Regimes werden allgemein verurteilt. Selbst der englische Faschistenführer Mosley ist erst jüngst wieder offen von der antisemitischen Politik Hitlers abgerückt, während er Hitlers Wirtschaftspolitik lobte. Die Konzentrationslager, der organisierte Mord, die Force des Leipziger Prozesses finden in England keine Verteidiger.

Zwar kommt es öfters vor, daß die Zeitungen Eingeladene veröffentlichen, in denen Engländer, die nach Deutschland gereist sind, feststellen, es sei dort alles wunderschön. Diese braven, aber reichlich naiven Leute waren nach Deutschland gereist, in dem Gefühl, einem gefährlichen Abenteuer entgegenzugehen. Und nun kommen sie zurück, ohne geprügelt zu sein, ohne Strahenschlächten erlebt zu haben, ohne aus ihrem Hotelbett heraus verhaftet worden zu sein. Sie haben die deutschen Zeitungen gelesen, die alle alles wunderschön finden, sie haben mit ihren Wirten und Kellnern gesprochen, die sich für Hitler erklärt haben, sie sehen auf den Strahlen Hakenkreuzfabriken und sehen Menschen, die diese Fabriken gründen, vielleicht hat man ihnen auch einen Insassen aus einem Konzentrationslager vorgeführt, der voll Lobes ist. Und die englischen Reisenden glauben das alles, denn ein Engländer kann sich nun einmal nicht vorstellen, daß eine Zeitung die Regierung loben muß, er kann sich nicht vorstellen, daß die Menschen, mit denen er spricht, ihn anlügen müssen. Und so schreibt er einen Brief an seine Zeitung. Der Brief wird veröffentlicht, denn es ist eine gute englische Sitte, im Eingeladene jeden zu Worte kommen zu lassen. Freilich am nächsten Tag steht auch schon die Antwort drin. Und vor allem sorgt ja die Hitler-Regierung selbst täglich für neue Greuelberichte durch ihre Dekrete und

Erlasse, die von den Berliner Korrespondenten der großen englischen Blätter getreulich und ausführlich wiedergegeben werden. Die Gewalttaten des Regimes finden also so gut wie keinen ernsthaften Verteidiger. Aber damit ist noch nichts über die politischen Konsequenzen gesagt.

Unbedingt gegen das Hitlerregime kämpft die britische Labour Party, die genau sieht, daß dieses Regime die Arbeiterschaft der ganzen Welt bedroht und daß ein Erfolg Hitlers auch in England Rückwirkungen haben könnte. Auch das Labour-Blatt, der „Daily Herald“, der freilich nur wenig Politik enthält, nimmt immer wieder scharf gegen den deutschen Faschismus Stellung.

Weniger einheitlich dagegen ist die Haltung der zur Zeit stärksten und einflussreichsten Partei, der konservativen. Ihr rechter Flügel, die sog. Diehards, hat mit dem faschistischen System an sich gewisse Sympathien, aber in ihrer Haltung gegenüber Hitler sind sogar die Diehards unter sich uneinig. Der Presselord Rothermere und sein Diehardblatt „Daily Mail“ sind unbedingt pro-Hitler, der politische Kopf der Diehards dagegen, Churchill, ebenso unbedingt anti-Hitler; der zweite Presselord Beaverbrook („Daily Express“) und der bekannte Reaktionär Lord Lloyd schwanken hin und her. Aber auch in der gemäßigten Gruppe der Konservativen, die die große Mehrheit bilden, kann man verschiedene Strömungen feststellen. Da ist die Gruppe um Baldwin, den Parteiführer und Stellvertreter Macdonalds. Diese Gruppe ist ernsthaft demokratisch und hat jede Diktatur wie die Pest. Diese Gruppe, deren Organe der „Observer“ und wohl auch die „Times“ sind, vielleicht auch der „Daily Telegraph“ kommen in ihrer absolut hitlergegnereischen Einstellung der Labour Party gleich. Sie wollen auch die politischen Konsequenzen aus ihrer Haltung ziehen. Daß der frühere Außenminister Austen Chamberlain und der berühmte Einsteins, Rotherhampton, — innerpolitisch zu den Diehards neigend — zu dieser Gruppe gehören, ist bekannt. Auch die Jungkonservativen — einer ihrer führenden Köpfe, ist der Unterstaatssekretär Eden, eine der sympathischsten Erscheinungen der englischen Politik — stehen in dieser Frage mit Baldwin zusammen, den sie sonst wegen seiner passiven, liberalen Wirtschaftsauffassung bekämpfen. Daneben aber gibt es eine Gruppe — manche sagen der Finanzminister Neville Chamberlain, Austens Bruder, gehöre zu ihr — die zwar Hitlers Methoden verabscheut, sie auch nicht für England angewandt wissen will, aber doch aus ihrer Abneigung keine politischen Konsequenzen ziehen will, sondern im Grunde bereit ist, mit Hitler Machtpolitik zu treiben und ihn ebenso wie Mussolini als eine vollendete Tatsache zu betrachten.

Die eigentlich hitlerfreundliche Gruppe aber — und das ist ein kaum verständliches Paradox — sind die Liberalen. Hitler ist zwar der Tod des Liberalismus, aber das stört diese Herren nicht. Sie möchten sich offenbar schon jetzt gleichschalten. Sie verurteilen zwar die Abscheulichkeiten des Hitler-Regimes mit süßen Worten; aber als echte Liberalen stehen sie eben „auf dem Boden der Tatsachen“ (wie bekannt ist uns dieses Wort, das die Feigheit und Charakterlosigkeit bemänteln soll). Weil die Reichstagswahlen vom 5. März eine Mehrheit für die Regierung ergaben, so müssen sie das eben als „echte Liberalen“ anerkennen; daß diese Mehrheit weder eine Mehrheit für die Hitlerdiktatur war, daß sie obendrein durch einen Vubensstreich ergaunert worden ist, stört die liberalen Formalisten nicht. So schreiben sie „staatsmännische“ Artikel über Deutschland, lassen in ihren Lehrkursen Nazi-Apostel auftreten — aber keine Nazigeegner — und Lloyd George läßt obendrein noch das

Schredigespenst des Bolschewismus antreten, der unweigerlich nach Hitler käme. (Woher er diese Weisheit hat, verrät er nicht, aber daß sie aus Hitlerquellen stammt, ist gewiß). In der liberalen Wüste gibt es nur eine erquickende Oase, die große liberale Zeitung „Manchester Guardian“. Sie führt inmitten all der Charakterlosigkeit ihrer Partei einen geistig hochstehenden, tapferen unermüdeten Kampf gegen Hitler, einen Kampf, den ihr die deutschen Freiheitstreuer nie gergehen werden.

Da die Liberalen in England politisch von geringer Bedeutung sind, so ist also in der englischen Politik die hitlergegnereische Front die weitaus stärkere.

Gänzlich anders ist die Frontverteilung, soweit es sich um die Stellung gegenüber Hitlers Entschluß handelt, aus dem Völkerbund auszutreten und die Abrüstungskonferenz zu verlassen. Hier hat Hitler in England eine überraschend gute Presse. England ist das Land, das am meisten von allen an den Völkerbund glaubt. Man erwartet daher hier eine besonders verheerende Wirkung des Hitlerischen Schrittes. Es trat das Gegenteil ein, weil von allen Seiten zugleich versucht wurde, eine Kriegsstimmung im Reime zu ersticken und deshalb um Rücksicht und Verständnis für den deutschen Schritt geworben wurde. Jedenfalls war dieses Motiv bei den Friedensfreunden maßgebend. Auf der Rechten sprachen andere Motive mit, die zum Teil deutlich ausgesprochen wurden. So rief die rechtskonservative „Morningpost“ begeistert aus: jetzt könne der ganze „Abrüstungsschwindel“ endlich begraben werden, jetzt könne England wieder aufrüsten. Lord Beaverbrook sagte, jetzt müsse England sich vom Kontinent loslösen. Locarno kündigen und sich auf das eigne Weltreich konzentrieren, die Rothermerer Presse fordert das gleiche. Die Rechte freut sich, daß Hitler ihnen diese Chance gegeben hat, überall auf dieser Seite ertönt der Schrei nach Aufrüstung. Die Haltung der Linken, vor allem der Labour Party, ist weniger nüchtern. Dort fürchtet man den Krieg und das Kriegsgeschrei, man möchte beruhigen, man erkennt auch, wie man stets erkannt hat, daß die kurzfristige Politik der Ententemächte nach dem Kriege den nationalistischen Geist in Deutschland hochgehigt hat, man sieht ein, wie man stets einseh, daß die Siegermächte ihrer Verpflichtung zur Abrüstung nicht nachgekommen sind. Deshalb fordert die Labour Party heute die sofortige Abrüstung aller; sie bildet sich ein, dadurch die öffentliche Meinung in Deutschland beruhigen zu können und damit wieder die Rüstungsanatheme in England zurückzuschlagen zu können. Sie erkennt nicht, daß es Hitler-Deutschland gar nicht um die Abrüstung der anderen geht, sondern um die Vermeidung der Kontrolle; sie sieht nicht, daß sie in Wirklichkeit Deutschlands Aufrüstungspolitik unterstützt. Der außenpolitische Führer der Labour Party, Henderson, ist in Genf, in diesem Augenblick ein Verhängnis, da deshalb die Außenpolitik der Labour Party zur Zeit von sentimental-liberalen Ermüdungen geleitet wird. Im Grunde sehen nur drei englische Zeitungen, worum es überhaupt geht, „Times“, „Manchester Guardian“ und „Daily Telegraph“; alle anderen rufen hemmungslos nach Aufrüstung oder nach Abrüstung.

Hitler wird sich vielleicht über die freundliche englische Presse freuen. Aber es ist ein billiger Trost; denn in dem Augenblick, wo es diesen englischen Blättern deutlich würde, daß Hitler aufrüsten und jede Kontrolle umgehen will, in dem Augenblick wird er eine Einheitsfront der englischen Presse und der englischen öffentlichen Meinung gegen sich haben, daß ihm Hören und Sehen vergeht.

hauptsächlich, daß die anderen Mächte, besonders die von Dr. Benesch geführte Kleine Entente, früher bereit gewesen seien, Deutschland die Gleichberechtigung zu gewähren; denn nach ihm sind die Verhandlungen des Vorbereitungsausschusses und des ersten Jahres der Abrüstungskonferenz, für die Dr. Benesch nicht nur politisch, sondern auch durch seine offizielle Stellung als Generalberichterstatter der Konferenz verantwortlich ist, in früherer Erinnerung.

Nicht nur tendenziös, sondern ausgesprochen unrichtig ist die Behauptung des tschechischen Außenministers, daß Deutschland alle Abrüstungsvorschläge ablehne, die dem Reich nicht sofort die effektive Gleichberechtigung gewähren. Ueberdies ist nicht zu vergessen, daß Austreten Dr. Benesch bei der letzten Völkerbundversammlung daran schuld, daß die „entgegengesetzten Ideologien“ in einer Weise aufeinandergeprallt sind, die die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und dem Völkerbund unmöglich gemacht hat. Damals wie gestern hat gerade Benesch sich in orientativer Weise auf den westlichen Liberalismus als die allein mögliche Grundlage des Völkerbundes bezogen. Er sollte sich am wenigsten wundern, wenn aus derartigen Einseitigkeiten die Konsequenzen gezogen werden.

Diese grobe Antwort auf die geschlossene Rede von Benesch wird dem tschechischen Außenminister sehr gelegen kommen.

Politischer Prozeß an der Saar

Max Braun als Widerkläger gegen Spaniol

Saarbrücken, 2. November 1933.

Vor dem Schöffengericht in Saarbrücken begann Dienstag ein großer politischer Prozeß, der wegen der Persönlichkeit der Beteiligten und seiner politischen Hintergründe weit über die Saar hinaus Aufsehen erregen muß. Der Vorsitzende der saarländischen Nationalsozialisten, der preussische Staatsrat Spaniol, hatte gegen den Führer der saarländischen Sozialdemokratie, Chefredakteur Max Braun, Privatklage eingereicht mit der Behauptung, Max Braun habe vor einigen Monaten in einer Versammlung die Behauptung aufgestellt, Spaniol sei während des passiven Widerstandes bei der Regiebahn in Linz tätig gewesen.

Schon die ersten Zeugenvernehmungen ergaben, daß Max Braun die ihm zugeschriebene Äußerung überhaupt nicht aus eigenem Wissen getan hat. Er nannte vielmehr ausdrücklich die „Straßburger Neuesten Nachrichten“, die er als Quelle für eine Meldung, in der Herr Spaniol allerdings jene Vorhaltungen gemacht wurden, zitierte. Freilich, die Nachrichten, die aufmarktierten, bemüht sich, die Lesart des Klägers zu bestätigen. Obwohl es sich um eine geschlossene Versammlung handelte, wollte ein junger Mann aus Göttingen gehört haben, daß Max Braun die erwähnten Vorwürfe von sich aus gemacht habe, ohne die erwähnte Zeitung zu zitieren. Er wollte weiter gehört haben, daß Max Braun auch noch gesagt habe:

„Genossen, weht eure Messer, (!) der Tag der Abrechnung kommt!“

Der zweite Zeuge war ein Landjäger, der vor der Versammlung Dienst hatte. Er will durch das Fenster gehört haben, daß Worte fielen wie „Spaniol 1928, Linz am Rhein.“ Den Zusammenhang wachte er nicht. Der Landjäger bestätigte auch, daß es sich um eine geschlossene Versammlung handelte. — Der dritte Zeuge Spaniol's war ein 19jähriger Schüler, der angab, daß er durch den offenen Vorhang den Fenster des Lokals sei geschlossen gewesen — hineingesehen habe. Auch er will beim Lauschen nichts von der Ausgabe einer französischen Zeitung gehört haben. Die nächsten Zeugen gaben allerdings

gänzlich andere Darstellungen —

Zeugen, die wirklich in der Versammlung gewesen waren. Alle drei bestätigten nicht nur, daß sich Max Braun ausdrücklich auf die „Straßburger Neuesten Nachrichten“ berufen habe, sondern auch die Tatsache, daß man Max Braun vor der Versammlung ein Exemplar der Zeitung herausgereicht habe mit der fraglichen Notiz. Er habe sie jedoch zurückgewiesen mit der Bemerkung, daß er sie schon besitze.

Nachdem die Vernehmung der Zeugen beendet war, erhob sich der Vertreter Max Brauns, Rechtsanwalt Dr. Senner, der in Saarbrücken, um einen

formellen Widerklageantrag

zu stellen. Diese Widerklage bezieht sich auf einen Artikel Spaniol's in einer Niederwald-Sonderausgabe des „Saarfreund“, in der schwere Beschimpfungen des Führers der saarländischen Sozialdemokratie enthalten sind. Darin wird Max Braun als „Separatist“ bezeichnet und ihm der Vorwurf gemacht, daß er „auch früher schon Vandalenverrat“ begangen habe. Beim Vortrag dieses Materials durch Max Braun, Dr. Senner kam es zu einem Zwischenfall. Mit harmloser Miene fragte der gegnerische Anwalt, worin die Gegenseite darin einen Vorwurf erblicke. Dr. Senner antwortete in großer Erregung, daß er sich diesen Verhandlungston nicht gefallen lasse. Denn daß, worin Braun eine Beleidigung erblicke, sei klar genug. Dr. Senner mußte auch den Vorstehenden gegen eine Reihe von Zuhörern veranlassen, die sich durch Lachen und törichte Äußerungen unliebsam bemerkbar machten. Dr. Senner führte dabei aus, daß in einer Zeit, wo noch niemand an Spaniol gedacht habe, Max Braun an der Saar mehr für die deutsche Sache getan habe als andere Leute, die heute das große Wort führen.

Auf Grund der neuen Sachlage — Klage und Widerklage müssen zusammen verhandelt werden — wurde der Prozeß vertagt. Da anzunehmen ist, daß Klage sowohl wie Widerklage mit einem großen Aufwand an Zeugen durchgeführt werden, so ist mit einem der größten politischen Prozesse zu rechnen, die an der Saar jemals erlebt wurden.

Weltkonferenz in Tokio

Einladung durch das japanische Kabinett

Tokio, 2. Nov. Das japanische Kabinett hat auf Vorschlag des Kriegsministers Araki beschlossen, eine Weltkonferenz nach Tokio einzuberufen. Weitere Einzelheiten sollen in den nächsten Monaten bekanntgegeben werden. Japan werde die Mächte unterrichten, alle weltweiten Fragen zu klären.

Wirbelsturm auf Jamaika

Kingston (Jamaika), 2. Nov. Bei einem Wirbelsturm über den Nordwesten Jamaikas während des Wochenendes verunglückte, kamen 10 Personen ums Leben. 90 Prozent der Bananenernte in dem betroffenen Gebiet wurden vernichtet.

12 Bergleute verletzt

Gisleden, 3. November. Auf dem Birkum-Schacht der Mannfeldschen Kupfer- und Bergbau AG. ist in einem Streckenbetrieb starker Gasausbruch von Stickstoffgasen erfolgt. Von der Belegschaft sind 12 Mann verletzt worden. Lebensgefahr besteht bei keinem.

Krise in der Rüstungskonferenz

Nach der Abreise des amerikanischen Hauptdelegierten

Pessimistische Rede des tschechischen Außenministers Dr. Benesch

Genf, 2. Nov. Die Abreise des amerikanischen Delegierten Norman Davis wird hier von unterrichteten Kreisen dahin ausgelegt, daß Nordamerika erwidert, sich von der Abrüstungskonferenz zurückzuziehen. Die Lage im Fernen Osten ermöglicht den Amerikanern nicht, selbst eine entscheidende Abrüstung vorzunehmen. Die fernere etwaige Beteiligung an der Rüstungskonferenz könne sich nur auf allgemeine Ratschläge an die europäischen Mächte beschränken.

„Definitive Ablehnung“

Die kritische Lage nicht nur der Abrüstungskonferenz, sondern auch des Völkerbundes wird durch die Rede beleuchtet, die der tschechische Außenminister Dr. Benesch am 31. Oktober im Parlament gehalten hat. Er rechnete mit dem dauernden Fernbleiben Deutschlands von Genf als einer Tatsache. Die entscheidenden Stellen seiner Rede lauten:

„Die phantastische Aktion Deutschlands“ nach Gleichberechtigung habe im Ausland Mißtrauen und Besorgnis hervorgebracht. Diese seien noch durch Maßnahmen der deutschen Revolution verstärkt worden, die im Urteil des übrigen Europas als schwere revolutionäre Ueberreizungen und als Symptome einer Entwicklung betrachtet würden, von der niemand wisse, wohin sie gehe. Dazu kommt noch, ob nun berechtigt oder nicht, die Behauptung der internationalen Presse, daß Deutschland über das erlaubte Maß hinaus rüfte.

Die Entscheidung der deutschen Regierung müsse nicht nur als definitive Ablehnung der militärischen Klauseln des Versailler Vertrages angesehen werden, als Ablehnung aller Abrüstungsvorschläge, die Deutschland nicht augenblicklich die tatsächliche Rüstungsgleichheit gewähren und es diskriminieren würden, sondern auch als Ausdruck dafür, daß das heutige revolutionäre Deutschland nichts mehr annehmen werde, was es politisch, militärisch und moralisch nicht allen anderen Großmächten vollkommen gleichstellen würde. So müsse auch der Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund verstanden werden, in dem Deutschland offenbar nicht zurückkehren wolle, solange nicht seine Gleichberechtigung auf allen diesen Gebieten voll anerkannt werde.

Die Revolution des nationalsozialistischen Deutschland bedeute zweifellos ebenfalls eine allmähliche Aenderung der ganzen europäischen Kontinentalpolitik, Aenderung eine neue schwere Krise des Völkerbundes, die man sich nicht verhehlen dürfe.

Deutschland werde sehr offenbar trachten, daß es zu Abrüstungsverhandlungen zwischen den Großmächten komme. Erst nach einem günstigen Ergebnis dieser Verhandlungen würde die Frage des weiteren Verhältnisses Deutschlands zum Völkerbund gestellt werden. Das bedeute eine schwere Krise des Völkerbundes, der offenbar vor die Aufgabe gestellt werde, von neuem den Kampf um das Prinzip der Gleichheit der Völker und Staaten und um die Erhaltung einer gewissen Demokratie in der internationalen Politik zu führen, da die kleinen Staaten nach der Ansicht einiger Großmächte heute im Völkerbund eine zu starke Position hätten.

Benesch ist der Ansicht, daß Verhandlungen zwischen den Großmächten stattfinden sollten, doch können die kleinen Staaten diese Entscheidungen nicht als bindende Beschlüsse hinnehmen.

Die unmittelbare Folge der deutschen Revolution bis zum heutigen Tag sei die gegenwärtige Machtgruppierung in Europa. Vor allem habe sich die englische öffentliche Meinung geändert, die zu einer franko-britischen Annäherung führte und zu einer Aenderung der öffentlichen Meinung in den Vereinigten Staaten. Sowjetrußland habe großes Verständnis für die Bedürfnisse des Friedens gezeigt, indem es eine Reihe von Nicht-Angriffsabkommen abschloß. Es kam zu der polnisch-russischen Annäherung.

Die neue Situation werde besonders durch den Konflikt zwischen Oesterreich und Deutschland beleuchtet. Es handle sich hier nicht um eine Frage Oesterreichs und Deutschlands, sondern um ein alleuropäisches Problem. Als ein weiteres Symptom der neuen Entwicklung Europas habe die neuorganisierte Kleine Entente zu gelten und die Annäherung Polens an die Kleine Entente. Das alles zeigt, wie sich seit der Durchführung der nationalsozialistischen Revolution in Deutschland die politische Konstellation des heutigen Europa gewandelt habe. Er treffe diese Konstellation nicht in einem deutschfeindlichen Sinne. Er konstatiere nur Fakten, die sich automatisch eingestellt hätten.

Deutsche Antwort

Das Cont-Büro schreibt: Benesch bezieht sich auf die Berichte der Weltpresse über die geheime Rüstung Deutschlands, und ohne zu sagen, ob er diese Berichte glaubt oder nicht, macht er sich ihre Tendenz zu eigen. Es ist sehr schön zu be-

saute sie: Denke mal, bei mir ist heute in aller Frühe Polizei gewesen. Ich sagte: Ich habe auch denselben Besuch. Der zweite Anruf kam etwa um 9 Uhr von Frau Kühne. Sie teilte mir mit, daß bei ihr Polizei gewesen sei und ihren Mann verhaftet habe. Ich sagte auch, ich hätte jetzt diesen Besuch. Frau Kühne sagte, sie wolle zu mir herankommen, ich möchte sie am Bahnhof erwarten. Ich antwortete, ich könnte nicht kommen, weil ich ja Besuch habe. Der Zeuge Spiey bleibt demgegenüber bei seiner Aussage. Frau Torgler hält dagegen ihre Befundungen aufrecht, auch als der Vorsitzende ihr sagt, es sei doch recht unwahrscheinlich, daß der Polizeibeamte nicht eingegriffen haben soll, wenn sie durch die Bemerkung: „Ich habe jetzt denselben Besuch hier,“ zu verstehen gab, daß Polizei im Hause sei. — Frau Torgler sagt weiter, Spiey irre sich auch in der Zeit des zweiten Gesprächs.

Es sei um 9 Uhr gewesen. Um 11 Uhr sei die Polizei längst weg gewesen. Ihr Mann habe zwischen 1/10 und 1/12 Uhr angerufen, und da habe sie ihm schon gesagt, daß die Polizei da gewesen sei. Die Beamten seien also zu dieser Zeit schon aus dem Hause gewesen.

Vorl.: Haben Sie eine Erklärung dafür, warum Ihr Mann, der am Brandtage doch mit vielen Leuten telefoniert hat, Sie selbst nicht angerufen hat? — Frau Torgler: Er wird angestoßen haben, daß ich schon schlief. — Vorl.: Wann haben Sie zuerst von dem Reichstagsbrand gehört? — Frau Torgler: Erst am nächsten Vormittag. — Reichsanwalt: Hat Ihr Mann bei seinem Anruf den Grund angegeben, weshalb er bei Kühne übernachtet hatte? — Frau T.: Nein. Es kam oft vor, daß er in Berlin übernachtete, wenn es sehr spät geworden war. — Oberreichsanwalt: Ihr Sohn hat aber in London gesagt, daß Ihr Mann aus Sicherheitsgründen nicht nach Hause kommen sei. Da liegt es doch nahe, daß auch Sie unterrichtet worden sind. — Frau T.: Das ist jetzt acht Monate her. Ich erinnere mich nicht, daß mir so etwas gesagt wurde. — Oberreichsanwalt: Es ist aber außerordentlich wichtig, ob Ihr Mann schon in jener Nacht solche Befürchtungen hatte. — Angeklagter Torgler:

Wir ist nicht ganz klar, warum der Oberreichsanwalt von mir noch einmal die Aussage haben will, daß meine Freunde die Befürchtung hatten, daß ich auf Grund der Presseberichte von politischen Gegnern einen Überfall zu fürchten hatte. Hält es denn der Oberreichsanwalt wirklich im politischen Interesse Deutschlands für angebracht, daß solche Aussagen hier wiederholt werden? — Vorl.: Angeklagter Torgler, verfallen Sie nicht in den Fehler Dimitroffs. Wir wollen doch ruhig und sachlich bleiben.

Die Polizei bei Kühne
Als nächster Zeuge wird Kriminalassistent Hohmann vernommen. Der am 28. Februar früh den kommunistischen Fraktionssekretär Kühne in seiner Wohnung verhaftet hat. Hohmann sagt aus, er habe Kühne in seiner Wohnung in Pankow getroffen und sofort festgenommen. In einem kleinen Zimmer der Wohnung habe er einen Mann getroffen, der wohl eben aufgestanden war und in Hemd und Hose dastand. Ich sagte, ich läßt der Zeuge fort, anstandslos den Guten Morgen. Nachher fragte ich Kühne, wer das sei. Darauf sagte Frau Kühne: Das ist Besuch. — Darauf habe ich den Mann nicht mehr bekehlt. — Vorl.: Haben Sie denn nicht gefragt, wer dieser Besuch war? — Zeuge: Nein, dazu hatte ich kein Recht. Ich hatte ja nur den Befehl, Kühne festzunehmen. — Vorl.: Wenn Sie erfahren hätten, daß der Mann Torgler war, hätten Sie ihn also auch nicht festgenommen? — Zeuge: Nein.

Der Zeuge des Oberreichsanwalts
Auf eine Frage von Dr. Sack erklärt der Vorsitzende, daß der Zeuge Lebermann noch einmal vernommen werden soll. Dr. Sack bittet, die Ermittlungen auch darauf auszubauen, ob Lebermann in der Arenastadt Blaukehorn gesehen hat, und ob er der Polizei nicht wegen seiner Schwindeltaten bekannt sei.

Das „Fanal“
Als nächster Zeuge wird der Journalist J. M. M. vernommen. Er macht Befundungen über ein Inzidentreffen mit Torgler in der Straßendahn kurz vor dem Brande. Torgler habe ihn gefragt: Was halten Sie von den heutigen Verhältnissen? Ich sagte, die Angelegenheit ist ja geklärt. Torgler schaute dann so in Gedanken aus dem Fenster, und ich hatte den Eindruck, daß er mit Beziehung auf einige braune Uniformen, die draußen gingen, sagte: Es bereitet sich allerhand vor, es ist die Luft, wenn das Fanal ausläuft, so werden sich die Herrschaften in ihre Kämpfe verwickeln. Der Zeuge hält es für wahrscheinlich, daß die Begegnung am 28. 2. war. Als ich von dem Brande las, war mir diese Begegnung in arabischer Röhre. — Vorl.: Was haben Sie unter „Fanal“ verstanden? — Zeuge: Ich habe nicht an ein Feuerzeichen, sondern an ein Alarzeichen gedacht.

Ich war ähnliche Ausdrücke der SPD. gewöhnt und kannte auch von Torgler aus seiner politischen Tätigkeit solche drohenden Ausdrücke. — Vorl.: Können Sie einige wiederholen? — Zeuge: Er hat dem Sinne nach gesagt, es werde nicht mehr lange dauern, daß das Proletariat sprechen wird, daß Ihnen, meine Herrschaften, die Köpfe wackeln werden.

Ein deutschnationaler Zeuge
Schmuck macht für sich Reklame
Der Vorsitzende erteilt den Angeklagten Torgler, sich zu der Aussage zu äußern. Torgler: Herr Präsident, ich habe mich gestern schon gewundert, daß ein Mann wie Lebermann dem höchsten deutschen Gericht so hanebüchene Unwahrheiten vorzusprechen wagt, ich erkläre, daß ich mich wundere, daß ein Mensch, der Anspruch auf Intelligenz erhebt, es wagt, dem höchsten deutschen Gericht eine solche Ausgeburt der Phantasie vorzusetzen.

Hält mich J. M. M. für einen solchen Trottel, glaubt er, daß ich ihm, von dem ich weiß, daß er Deutschnationaler ist, sage: Ein Fanal wird kommen, es wird alles anders werden? Ich bitte, sich nach meiner politischen Tätigkeit zu erkundigen.

Einer solchen Trottelei mit mir fähig zu halten, bekommt nur ein kleiner Scherzreporter fertig. — Der Vorsitzende greift energisch ein und untersagt dem Angeklagten derartige Beleidigungen. — Der Vorsitzende fragt den Zeugen, ob er sich in dem Wort „Fanal“ getäuscht haben könne. — Zeuge: Nein, ich habe mich nicht getäuscht. Diese Ausdrucksform hat sich bei mir eingemischelt aus einem bestimmten Grunde.

Ich arbeite an einem Buch, in dem ich den Typ des Politikers schildern will, der die irreführenden Arbeitermassen vor seinen Wogen spannt, um Karriere zu machen. Dieser Typ war für mich der Angeklagte Torgler. — Vorl.: Warum haben Sie das erst am 6. Oktober angegeben? — Zeuge: Zunächst hatte ich die Ausdrucksform

nicht für so erheblich gehalten. Als dann der Reichstagsbrand ausbrach, habe ich Torglers Wort Fanal damit in Verbindung gebracht. Ich sagte mir aber, gegen Torgler würden so schwere Verdachtsmomente vorliegen, daß meine Aussage dabei belanglos sein werde. — Rechtsanwalt Dr. Sack: Sie wollen von dem Angeklagten das Wort „Fanal“ gehört haben, und ich muß Sie fragen, warum Sie trotzdem nicht sofort Anzeige erstatteten, nachdem der Brand bekannt wurde. — Zeuge: Diese Frage habe ich schon dem Vorsitzenden beantwortet. — Dr. Sack: Sie haben die Bedeutung meiner Frage verkannt. Ich frage Sie, weil Sie gesagt haben, Torgler habe das Wort „Fanal“ gebraucht. Am 28. Februar, spätestens am 29. Februar ist in Berlin und ganz Deutschland das Wort umgegangen, dieser Reichstagsbrand soll das Fanal sein zum blutigen Aufstand, zum Bürgerkrieg. Sollte es Ihnen als Journalisten entgangen sein, daß beinahe ganz Deutschland von dem „Fanal“ sprach, und sollte Ihnen da nicht eingefallen sein, daß Torgler gerade dieses Wort gebraucht hat? — Zeuge: Man muß sich in die Finde der damaligen Zeit zurückversetzen. Ein Mensch, der 14 Jahre in der vordersten nationalen Kampflinie gestanden hat wie ich, der beschimpft und in jeder Beziehung an den Pranger gestellt worden ist, einem solchen Menschen stumpfen die Sinne für derartige Sachen mit der Zeit ab.

Vorsitzender: Das Wesentliche ist, ob im Verlaufe des Gesprächs der Ausdruck „Fanal“ gefallen ist. — Torgler: Ich habe gar nicht daran gedacht, mich in dieser Weise mit dem Zeugen zu unterhalten.

Ich habe mit ganz anderen Herren der deutschnationalen Fraktion gesprochen, die für die politischen Fragen kompetenter waren als Herr J. M. M. Da wird sehr genau gefahren, daß gerade ich die damalige politische Situation genau kennen mußte und daß es gerade für mich der größte Irrsinn gewesen wäre, wenn ich nicht alles getan hätte, um ein solches Attentat wie den Reichstagsbrand mit allen Mitteln zu verhindern, weil ich wissen mußte, daß diese Aktion, wenn sie politische Auswirkungen hatte, sich ausschließlich gegen die SPD. richten würde.

Vorsitzender: Dazu wird im politischen Teil Gelegenheit sein. Dann tritt eine Pause ein.

Nach der Pause erklärt der Angeklagte Torgler zu der Aussage des Zeugen J. M. M., daß die Begegnung in der Straßendahn weder am Donnerstag, dem 28. Februar, noch am Samstag vorher stattgefunden haben könne.

Ein Sittlichkeitsverbrecher tritt auf
Als Zeuge wird dann der Bergmann Runzad vernommen, dessen Vernehmung einstweilen ausgesetzt wird. Runzad ist zweimal wegen Sittlichkeitsverbrechens, einmal wegen Meuterei und auch sonst vorbestraft. Runzad war früher bei der USPD, und seit der Verschmelzung bis Anfang 1932 in der SPD. Aus dieser wurde er Anfang 1932 ausgedrückt. Während der illegalen Zeit der Partei hat er auch Kurierdienste geleistet. Der Zeuge bekundet, daß, als der Gesangsleiter des Reichstagsbrand bekanntgab, auch der Name von der Pube gefallen sei. Er habe sich daran erinnert, daß er auf einer Konferenz in Düsseldorf im Jahre 1925 mit einem Pubbe zusammengewesen sei. Der Leiter dieser Versammlung sei Heinz Neumann gewesen. Ferner waren, so erzählt der Zeuge, weiter drei Holländer erschienen, unter ihnen van der Lubbe. Dieser sei der Versammlung mit ungefähr den Worten vorgestellt worden, daß man in Holland jetzt den Aufbau im Sinne der NSD. vornehmen wolle. Van der Lubbe habe sich bereit erklärt, die Jugendbewegung aufzubauen und später einmal deren Leitung zu übernehmen.

Pubbe hat dann ein paar Worte gesprochen, aber in so schlechtem Deutsch, daß man ihn nicht verstehen konnte. Sein Alter hat der Zeuge damals auf 16 Jahre geschätzt. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob in dieser Versammlung auch von Terror gesprochen worden sei, erwidert der Zeuge, der Terror sei nicht direkt empfohlen worden, man habe aber gesagt, jedem Terror müsse der härteste Terror entgegengelegt werden. Auf die Frage des Vorsitzenden, wie es komme, daß er sich nach so vielen Jahren noch so gut erinnern könne, erwidert der Zeuge, er habe sich Aufzeichnungen gemacht, die aber seine Frau leider verbrannt habe. — H. S. S. hält dann dem Zeugen ein Schreiben an den Untersuchungsrichter vor, in dem Runzad sich als Zeuge anbietet und sich erzieht, die Schlupfwinkel der illegalen Terrorgruppen bei den weiblichen Genossen festzustellen. In dem Schreiben heißt es dann weiter: Ich garantiere, daß ich das innerhalb von acht Tagen zuwege gebracht habe.

H. Dr. Sack bemerkt dazu, es sei auffällig, daß gerade Runzad, der zweimal wegen Sittlichkeitsverbrechens zu je einem Jahr Gefängnis verurteilt wurde, sich dazu erzieht, die Schlupfwinkel der Illegalen bei den weiblichen Genossen festzustellen. (Heiterkeit.)

Die Geheimnisse der Wuhlheide
Der Zeuge macht dann weitere Befundungen über Sprengversuche in der Wuhlheide. Auf die Frage der Vorsitzenden, wer außer Kaiser und den anderen noch dabei gewesen sei, antwortete der Zeuge: Meines Erachtens dem Aussehen nach noch Torgler. Der Vorsitzende hält dem Zeugen eine frühere Aussage vor, in der er mit aller Bestimmtheit versichert, daß zwei der anwesenden Personen Torgler und Kaiser waren. Der Zeuge gibt zu, daß er Torgler nur von Sehen kannte. Vorsitzender: Ist es nun Torgler, oder nicht? — Zeuge: Meines Erachtens ja! — Der Zeuge schildert weiter, wie man dann nach den Sprengversuchen wieder in die Stadt fuhr und schließlich in eine Wohnsiedlung in der Götterstraße kam, wo der Obersterwerker, der die Sprengversuche leitete, einen Vortrag hielt. U. a. habe dieser erklärt, wenn es soweit wäre, sollte man nichts schonen, sondern wo es möglich sei, öffentliche Gebäude in die Luft sprengen. Vorsitzender: Nehmen Sie auf ihren Eid, daß er auf öffentliche Gebäude hingewiesen hat, die in die Luft gesprengt werden sollten? — Zeuge: Ja! — Vorsitzender: Bisher sind Sie ja noch nicht verurteilt. Hat er auch etwas von Brandstiftungen gesagt? — Zeuge: Nein! — Vorsitzender: Früher haben Sie gesagt, der Mann habe erklärt, daß die Aktion sich vornehmlich auf öffentliche Gebäude zu erstrecken hätte. Wenn solche Sprengungen nicht möglich seien, sollte man zu Brandstiftungen übergehen. Jetzt sagen Sie, von Brandstiftungen habe er nicht gesprochen. — Zeuge: Das hat er nicht im Zusammenhang gesagt, sondern nachher für sich. — Vorl.: Sie haben noch etwas Weiteres bei Ihrer gerichtlichen Vernehmung gesagt, wie die Terrorakte vorgenommen werden sollten. — Zeuge: Bei der Bildung der Terrorgruppen sollten auch 4. 2. weibliche Personen herangezogen werden. — Vorl.: Sind Sie darauf hingewiesen worden, daß das am besten durch ausländische Genossen geschehe? So haben Sie früher angegeben. Ist das nun richtig oder nicht? — Zeuge: Ja, durch illegale ausländische Genossen, die sollten, wenn sie anwesend wären, mit dazu verwendet werden.

Torgler entlarvt den Schuft
Angekl. Torgler: Der Zeuge sagt, daß er mich kenne. Wo haben Sie mich kennen gelernt? — Zeuge: In Ihrem Büro und in Versammlungen. — Torgler: Wo war mein Büro? — Zeuge: Im Karl-Liebknecht-Haus. — Torgler: In welchem Stockwerk? — Zeuge: Im zweiten Stockwerk.

— Torgler: In welchen Versammlungen haben Sie mich gehört? — Zeuge: In der Neuen Welt in Neuföhren im Jahre 1930 und früher.

Torgler: Ich stelle fest, daß ich nur einmal im Saale der Neuen Welt gesprochen habe, und zwar 1925, seitdem nicht wieder. Ich habe nie im Karl-Liebknecht-Haus ein Büro gehabt und mich nur sehr selten vorübergehend in diesem Hause aufgehalten.

Zeuge: Ich wollte nur sagen, daß ich ihn im Karl-Liebknecht-Haus, wo das Büro ist, getroffen habe. — H. Dr. Sack: Es ergibt sich aus einer Darstellung der Verwandten des Angeklagten van der Lubbe, daß dieser im Januar oder Februar 1925 gar nicht in Düsseldorf gewesen sein kann.

Auch die Räuberhöhle fehlt nicht
Darauf wird als Zeuge der Kriminalassistent Stane vernommen, der im Auftrage des Kriminalkommissars Heß den Zeugen Runzad wiederholt eingehend über die Sprengversuche in der Wuhlheide vernommen und das Ergebnis dieser Vernehmung protokolliert hat. Der Zeuge betont, Runzad habe mit aller Bestimmtheit auf die wiederholten Fragen immer wieder gesagt, er wisse ganz genau, daß die kommunistischen Abgeordneten Torgler und Kaiser bei den Sprengversuchen dabei gewesen seien. Der Zeuge hat mit Runzad auch die Wuhlheide aufgeführt, um die Höhle, in der die Sprengversuche gemacht wurden, ausfindig zu machen. Runzad konnte aber die Stelle nicht wiederfinden. Auch der Revierförster habe nichts von einer Höhle gewußt.

Am 2. Mai ist dann der Zeuge mit einem Kriminalbeamten nochmals in die Wuhlheide gefahren, um Grabversuche zu unternehmen. Es wurde tatsächlich eine Höhle von ungefähr 1,80 bis 2 Meter im Quadrat und 1,25 Meter Tiefe gefunden. Keine von Vinolenum, ein abgebrochener Hammerkopf und der Rest eines Patets mit Nägeln wurden gefunden. (Wahrscheinlich haben Schuljungen Ränder und Schandtäfelchen gespielt. D. Red.)

Freies Geleit für sozialdemokratische Zeugen?
Angeklagter Torgler erklärt, daß er niemals in seinem Leben Runzad kennen gelernt habe. Er sei niemals an Sprengversuchen in der Wuhlheide gewesen und wisse auch nichts von einer Höhle und Sprengversuchen. Alles, was Runzad gesagt habe, könne in seinem Falle der Wahrheit entsprechen. Der Vorsitzende weist auf diese Erklärung Torglers hin und fragt den Zeugen eindringlich, ob er bei seiner Angabe bleibe, daß Torgler und Kaiser in der Wuhlheide zugegen waren. Der Zeuge antwortet mit einem Ja.

H. Dr. Sack beantragt, den früheren Abgeordneten Kaiser als Zeugen zu laden. Dr. Sack ersucht ferner, den früheren Rechtsanwalt Rosenfeld, der zur Zeit in Paris lebe, zu vernehmen. Rosenfeld sei an sich bereit, nach Deutschland zu kommen, seine Adresse sei ihm bekannt. Dr. Sack schlägt ferner die Vernehmung von Zeugen vor, die sich in ähnlicher Situation wie Rosenfeld befinden. Es kämen u. a. in Frage die früheren Abgeordnete Frau Kiese, der frühere sozialdemokratische Parteisekretär Dr. Herz und der frühere sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Breitscheid. Der Oberreichsanwalt behält sich seine Stellungnahme zu diesen Anregungen vor und erklärt, das Gericht könne freies Geleit nur erteilen für Dinge, die zu seiner Zuständigkeit gehören für die Verfolgung strafbarer Handlungen.

Die Verhandlung wird dann auf Freitag vertagt.

Zeuge für Dimitroff meldet sich
Wird er geladen?
Am 8. Oktober meldete die Presse, daß Dimitroff, entgegen den Behauptungen des Reklamedirektors vom Restaurant „Bayerndorf“, Berlin, erklärt habe, er habe sich dort mit dem österreichischen Schriftsteller Jakob Rosner getroffen. Der Senatspräsident Dr. Wünger meinte hierauf, daß dieser Rosner „unauffindbar“ sei.

Einige Tage hierauf wandte sich Rosner mit einem eingeschriebenen Brief an Herrn Wünger, in welchem er die Aussage des Dimitroff bestätigte und sich bereit erklärte, als Zeuge vor dem Gericht zu erscheinen.

Da ihm keine Antwort zuteil wurde, gab er vor einem Prager Notar eine eidesstattliche Erklärung ab, die er, neben anderen Zeitungen, auch ins Licht drückte. Es heißt darin u. a.: „An Eides Statt erkläre ich, daß diese seine (Dimitroffs) Aussage völlig und ganz der Tatsache entspricht. Ich war mehrere Male mit Herrn Georg Dimitroff im Restaurant „Bayerndorf“ in Berlin, Potsdamer Straße, beisammen. Ich gehöre keiner politischen Partei an und beschäftige mich auch nicht mit Politik. Unsere Unterredungen betrafen lediglich literarische und philosophische Fragen. Herr Dimitroff, der mir oft die Situation in seinem Heimatlande Bulgarien schilderte, da ich mich für die Balkanfragen interessierte, machte nie auch nicht den geringsten Versuch, in seinen Unterredungen mit mir die Situation und Politik in Deutschland anzudeuten. Ich lernte Herrn Dimitroff als großen Idealisten und selbstlosen Menschen kennen, welcher auf mich den allerbesten Eindruck machte. Bei Auslieferung des freien Geleites bin ich auch heute bereit, persönlich als Zeuge vor dem 4. Strafsenate des Oberreichsgerichts, vor welchem der Prozeß in Sachen des Reichstagsbrandes verhandelt wird, zu erscheinen, damit ich dort mit dem Zeugen Delmer konfrontiert werde und ich dort diese meine Aussage als Zeuge bekräftige.“

Einjähriger Junge staatsgefährlich!
In Berlin wurde kürzlich ein elfjähriger Arbeiterkind aus der Ackerstraße beim Spielen auf der Straße verhaftet. Der Junge hatte seinen Altersgenossen das überall festsitzende „Lischgebet“ beigebracht:

„Komme, Herr Müller, sei unser Gast, und gib uns ein Zehntel von dem, was Du uns versprochen hast.“

Auf der Polizeiwache wurde das Kind fundenlang nach allen Regeln der Kunst vernommen, um den Urheber des staatsgefährlichen Gebets zu ermitteln.

Amnestie in Bayern
Für Straftaten, die zwischen dem 21. 3. und 28. 7. 31 durchgeführte des nationalsozialistischen Staates aus politischer Überzeugung begangen worden sind, gilt Straffreiheit. (WBl. S. 211.)

Das „Ehrengericht“
In der Berliner Herge-Correspondenz wird in besonderer auffälliger Form mitgeteilt, daß der Arzt Dr. Julius Moses in Berlin, Bundesratsrat 9, durch Urteil des ärztlichen Ehrengerichts für Berlin wegen Verletzung des Ständesittens durch Verschlimmung der Ärzte im allgemeinen zu 300 RM. Geldstrafe verurteilt worden ist. Das Urteil stützt sich auf einen Vortrag, den Dr. Moses vor rund drei Jahren, am 21. November 1930, in Weiskopf gehalten hat.

Panther in Freiheit

Die Reichsregierung kapituliert vor England

Wie zu erwarten war, sind den großen Sprüchen der Reichsregierung keine Taten gefolgt. Sie hat vor dem Verlangen der englischen Regierung, den verhafteten Korrespondenten des „Daily Telegraph“, Herrn Panther, freizulassen, kapituliert. Panther befindet sich seit Sonntag in Freiheit. Er ist aber des Landes verwiesen worden. Die großspürige Angeklindigte Lage wegen Spionage und Landesverrat vor dem Reichsgericht gibt es also nicht. Wenigstens das wird Deutschland und der Welt erspart. Die Tatsache freilich bleibt, daß die Reichsregierung durch die Affäre Panther selbst vor aller Welt den militärischen Charakter der SA und SS zugegeben hat.

Die Ausweitung Panthers wird die internationale Auslandsberichterstattung in Forme über die Tätigkeit der Auslandsberichterstattung in Deutschland noch nicht zu Ende kommen lassen. Wir lassen hier zwei charakteristische Auslandsstimmen folgen:

Der „Manchester Guardian“ schreibt:

Das Verhalten der Hitlerregierung zur ausländischen Presse kann bis jetzt das Ausland schwerlich befriedigt haben. Als erstes war da der Fall des Herrn Loutre vom „Parisien“ wegen seiner Artikel über Nazionalschreitungen nach dem Reichstagsbrand. Er wurde verhaftet und verurteilt, Deutschland zu verlassen. Daraufhin gab die französische Regierung der deutschen Regierung bekannt, daß, wenn es Angehörigen würde, einige deutsche Korrespondenten aus Paris vertrieben werden würden. Eine genaue Zahl wurde offiziell nicht angegeben, aber man nahm an, daß es drei oder vier sein würden. Daraufhin wurde das Urteil zurückgezogen und Herr Loutre blieb, so viel ich weiß, in Deutschland.

Dann war da der Fall der zwei russischen Journalisten, die in Leipzig offensichtlich aus dem Grunde, weil sie in Leipzig waren, verhaftet und ins Gefängnis geworfen wurden. Die russische Regierung nahm sich sofort ihrer Sache an und gab bekannt, daß alle deutschen Journalisten in Moskau ausgewiesen würden.

Das geschah, obwohl die deutsche Regierung die Russen frei ließ und sich entschuldigte, was die russische Regierung aber nicht als ausreichend empfand. Ein amerikanischer Journalist wurde zwar nicht verhaftet, wohl aber wurde ein Engländer, der für eine amerikanische Agentur arbeitete, ins Gefängnis gesetzt und nachher ausgewiesen.

Zum Fall Panther äußert sich das große englische Blatt wie folgt:

Die deutsche Regierung hat eine unglückliche Hand bei der Verfolgung des Herrn Panther, des Münchener Korrespondenten des „Daily Telegraph“. Herr Panther landete seiner Zeitung einen Artikel und diese veröffentlichte ihn am vergangenen Montag. Es war ein Bericht über den Aufmarsch der 2000 SA-Männer in Reibheim vor Hitler. Er gab an, daß die Reichswehr und die Schutzpolizei auch zu der Demonstration zugezogen wurden; daß Hitler mit Salut-

schüssen aus 21 Kanonen begrüßt wurde; daß in der Nacht vorher die Sturmtruppen „mit geschultertem Gewehr und aufgesteckten Bajonetten“ vor Hauptmann Rohm vorparadiert waren; und daß bei der „Revue“ 2000 Mann in militärischer Ordnung mit ihren Uniformen und voller Ausrüstung ohne ihre Gewehre aufgezogen waren.

Aber er berichtete auch, daß der deutschen Presse amtlich befohlen war, jede Andeutung, die auf den militärischen Charakter dieser Vorgänge schließen ließe, zu vermeiden, und vor allem nicht die Salutsschüsse, die Inspektion und die Teilnahme der Reichswehr zu erwähnen; ferner, daß nur „harmlose Fotografien“ veröffentlicht werden dürften.

Offensichtlich ist es die Enthüllung dieses Geheimbesehls an die Presse, die die Verfolgung des Herrn Panther verurteilt. Er wird des Landesverrats beschuldigt, der darin besteht, daß er „Staatsgeheimnisse“ veröffentlicht, und ein Staatsgeheimnis ist jede Tatsache, die nur einer bestimmten Gruppe bekannt ist, und deren Veröffentlichung außerhalb dieser Gruppe dem Willen der Regierung widerspricht.

Dies ist eine weite Definition, die, wenn sie logisch angewandt würde, jede Arbeit der ausländischen Korrespondenten in Deutschland unzumutbar machen würde.

Bis jetzt hat z. B. keine einzige deutsche Zeitung über die Verhaftung des Herrn Panther berichtet oder irgendeinen Hinweis auf den Fall gemacht. Das muß auf offiziellen Befehl beruhen sein, trotzdem hat jeder ausländische Korrespondent in Deutschland in der Zeit Nachricht von der Angelegenheit gegeben.

Die Haltung der deutschen Regierung beabsichtigt offensichtlich, die Korrespondenten davor abzuwarnen, Dinge zu enthüllen, die in der deutschen Presse nicht veröffentlicht werden dürfen.

Man hätte annehmen können, daß dies ein bequemer Ausweg wäre. Denn die deutschen Autoritäten leugnen offenbar nicht die Richtigkeit der Tatsachen, sonst würden sie keine strafgerichtliche Verfolgung einleiten. Aber wenn die Befehle an die Presse richtig wiedergegeben worden sind — und sie sind jetzt, dank den offiziellen Stellen, über die ganze Welt verbreitet worden — warum, so wird die Welt fragen, war es so notwendig, der Presse jede Beschreibung der Demonstration in Reibheim zu verbieten? Und wie steht ein großes Volk da, das nicht einmal von einer Frage hören darf, von der die ganze Welt spricht.

Deutscher Rückzug

Berlin, 11. Okt. Der Journalistenkonflikt zwischen Deutschland und Rußland ist beigelegt worden. Die russischen und deutschen Journalisten werden ihre Tätigkeit in Deutschland bzw. in der Sowjetunion wieder ausüben. Auf Anordnung des Senatspräsidenten Büniger werden die Vertreter der „Tas“ und die Vertreterin der „Jawesnja“ zum Reichstagsbrandhisterprozess Zulassungslizenzen erhalten.

Streicher und Anstreicher

Amtlich bestätigte Greuelmeldung!

Während des deutschen Reiches Kanzler — entsprechend einer früheren Betätigung — bemüht ist, die ganze Welt einzuschüchtern, ist sein Freund Streicher aus Nürnberg ebenfalls eifrig bemüht, die Wahrheit über das heutige Deutschland zu verbreiten. Er bedient sich dazu in seinem Wochenblatt „Der Stürmer“. So war in seiner Nr. 41 ein Brief des SS-Scharführers Herbert Höner aus Dortmund, Schwannenswoll 4, an den ehemaligen sozialdemokratischen Landrat Hansmann zu lesen, und zwar als Antwort auf eine Rede, die Herr Hansmann angeblich über den Straßburger Sender gehalten soll. Der Brief vertritt eine hemmungslose Gebäuung über Gehehnisse, die abzuleugnen der Dementierapparat des deutschen Propagandaministeriums nochenslang in heftige Bewegung gesetzt wurde. Wir lassen als sozusagen amtliche Bestätigung der im Ausland verbreiteten Greuelnachrichten nachstehend einige Kernstellen des Briefes vortreten folgen.

Der Brief beginnt: „Herr Landrat a. D., ich habe Sie einmal in einer schwachen Stunde gesehen. Sie erinnern sich vielleicht noch jener denkwürdigen Nacht, als wir Ihnen mittels einer Hundepetische „Wasser-

wellen“ von der Redaktion des „Stürmers“ gesperrt. Einige Sätze weiter heißt es mit zynischer Offenheit: „Wenn bei dieser Gelegenheits Ihr insolge Zeit und Kaviar angekaufter Bonzenkörper etwas ramponiert wurde, dann ist das Ihre persönliche Schuld.“ Und um das Bild zu vervollständigen, sei noch die unmißverständliche Drohung am Schluss des Briefes zitiert: „Hätte ich allerdings damals schon gewußt, daß Sie es mit Ihrer Verführung: „sich insolge geistlicher Unterernährung niemals wieder politisch zu betätigen“, nicht ernst meinten, dann dürfen Sie versichert sein, daß Sie dann heute keine Gelegenheit hätten, gegen unseren Führer bzw. gegen die deutsche Arbeiterklasse auch über einen feindlichen Sender, Ihrer Kinderstube entsprechend, zu pöbeln.“

Lesen wir von dem niedrigen Charakter, der sich in diesen Zeilen ausdrückt, und von dem schlechten Deutsch, in dem er angeführt wird, ab, und stellen wir ganz einfach fest: das Schreien einer der Kameraden des deutschen Reichskanzlers, und einer der intimsten Freunde des Reichskanzlers billigte es, indem er es in seiner Zeitung veröffentlichte.

Durch Druckfehler entlarvt!

Die Setzmaschine bringt es an den Tag

Schon oft hat ein Druckfehler den Schreiber entlarvt; das leblose Material ist mitunter verlässlicher als der Mensch, der es benutzt. Deutschlands gleichgeschaltete Zeilenschilder müssen schreiben, wie es ihnen die braunen Menschenbilder befehlen. Aber der Rebellion der Setzmaschine gegenüber ist selbst die Heilmaschine Göbbels ohnmächtig. Da berichtete vor einigen Tagen Hoffes braunes „Abendblatt“ über eine „grundtätliche und programmatische Rede“ des Reichs-Lagenministers. Und es geschah in diesem Bericht etwas Wunderliches, weil die Setzmaschine offenbar sich geweigert haben muß, alle Lügen und Verdrehungen widerspruchslös zu wiederholen. Denn zwei Tage darauf war im „Abendblatt“ folgende Verichtigung die und fett in angestrichelten großen Lettern zu lesen:

„In unserem Bericht in der Sonnabend-Ausgabe über die große Rede des Reichsministers Göbbels hat sich, bedauerlicherweise ein sinnentstellender Druckfehler eingeschlichen. Reichsminister Dr. Göbbels hat in seiner Rede nicht (wie es in unserm Bericht fälschlich hieß) gesagt: ... in Deutschland ist es für immer mit dem Kapitalismus vorbei...; sondern diese Stelle hatte selbstverständlich richtig zu lauten: ... für immer mit dem Parlamentarismus vorbei.“

Das Blatt hätte nur noch hinzuzufügen brauchen: „Unsere Leser werden ohnedies erkannt haben, daß es sich um einen Druckfehler gehandelt hat...“ Denn es bedurfte, weiß Gott, nicht erst der Entlarzung durch diese Verichtigung. Von des „Arbeiter“-Führers „unabänderlichem Programm“ ist nicht mehr als eine einzige Verichtigung übrig geblieben.

Meschugge

Der Sten des Raffenedankens bedeutet das Ende des Imperialismus. Dann wird auch Jnda ausgeschaltet sein, das sich von Gott zur Rechenschaft aller Völker anderwärts hält.“ Freilich Kolhofer in „Deutsche Metallarbeiterzeitung“ Nr. 43.

Steuervergünstigungen - für Luftschutz und Kindersegen

Bei aller Inkonsequenz, deren man die Nazis zeihen kann, muß man ihnen in einem Punkt die unerbittliche Konsequenz zugeben: in der Mehrzahlmachung des deutschen Volkes. Obwohl die regulären Steuereinnahmen seit der „nationalen Erhebung“ eine bedeutende Einbuße erlitten haben, glaubt man noch auf Steuern verzichteten zu können, wenn es sich um die Verwirklichung dieses Zieles handelt. Die Presse weiß darüber zu melden:

Der Reichsfinanzminister hat einen Sonderlaß über den zivilen Luftschutz herausgegeben, der Steuervergünstigungen für den Ausbau von Maßnahmen verfügt, die der Verbesserung des zivilen Luftschutzes zugute kommen, dessen Ausbau weitestmöglich gefördert werden müsse, besonders auch dadurch, daß denjenigen Steuerpflichtigen gewisse Vergünstigungen gewährt würden, die Mittel für den zivilen Luftschutz aufzubringen. Die Steuervergünstigung soll für die Einkommens- und Körperschaftsteuer gelten.

Der Staatssekretär des Reichsfinanzministeriums, Reinhardt, kündigte in einer Versammlung in Sagan bedeutende Steuerermäßigungen für Kinderreiche an. Bei dem für das nächste Jahr bevorstehenden großen Steuervereinfachungsgesetz werde es bedeutende Erleichterungen nach streng bevölkerungspolitischen Linien der Wirtschaft geben. Die Einkommenssteuer werde für jedes Kind um 15 Prozent und von fünf Kindern an um 30 Prozent ermäßigt werden.

Steuervergünstigungen für Luftschutz und Kindersegen! Es gibt im Augenblick in der Tat nichts Wichtigeres, als zu hoffen, die den Kindern gegen moralische Vergeltung mit den Ideen des Neo-Barbarismus fördern und den Luftsegen auch in die Hinterhäuser der proletarischen Wohnviertel tragen würden. Aber das wäre wohl „marxistisch“ und damit undeutsch.

Gasschutzschule

Die Kriegergesellschaft hat in Oranienburg bisher Lehrgänge für Gasgefahr im täglichen Leben, vor allem Leuchtgas, veranstaltet. Aus den Aufübungen der neuen Lehrgänge ergibt sich, daß die Schule sich nicht mehr mit den Gasgefahren des „täglichen Lebens“ befaßt, sondern weit darüber hinaus ins rein militärische Gasgeschick greift. Die Räume der Schule sind sehr vergrößert worden, außerdem erhielt sie ein Übungs Gelände und eine Leuchtgasanlage, also alles Dinge, die mit Leuchtgasgefahr im Haushalt nichts zu tun haben.

Ein Optimist

Er sucht Recht bei deutschen Richtern

Das Kasseler Landgericht fällt gegen den Nacharzt Dr. Otto Homberger (Kassel), der nichtarischer Abstammung ist, ein Urteil, das wegen seiner allgemeinen Bedeutung Beachtung verdient. Dr. Homberger hatte gegen die „Wirtschaftliche Kreisvereinigung“ eine Feststellungsklage erhoben, weil der zwischen dieser und der Stadt Kassel abgeschlossene Vertrag bestimmte, daß Kreisärzte nichtarischer Abstammung die Zulassung zur Behandlung der städtischen Wohlfahrtsunterstützungsempfänger, Kriegsgeldbesitzern und Kriegshinterbliebenen entzogen wird. Trotzdem der Kläger evangelisch getauft ist, der Schwiegervater eines evangelischen Pfarrers ist, und sich im Weltkrieg das E. A. I und E. A. 2 erworben hat, aber semitischer Abstammung ist, stellt das Urteil fest, daß die Entscheidung der Wirtschaftlichen Kreisvereinigung zu Recht besteht. Wohl würden die nichtarischen Frontkämpfer in der Ausübung ihres Berufs nicht behindert und würden auch zu den Krankenkassen zugelassen, aber sie hätten keinen Anspruch bei Vergabe von Dienstleistungen, die durch die Staat oder durch die kommunalen Behörden bezahlt werden, Berücksichtigung zu finden. Aus diesen Gründen wurde die Klage abgewiesen.

Neudeutsches Volksfest

Wie Aufmärsche zustande kommen

Ein nichtgleichgeschalteter Schrebergärtner aus dem „dritten Reich“ überlände uns folgendes Schreiben, mit dem er zur Erntedankfeier kommandiert werden sollte.

„Grimstätten-Berein „Eigene Scholle“ e. B. Wandersbek, Hamburg 23, den 27. 9. 33
Wandersbekerhauser 224 11

Lieber Gartenfreund!

Am Sonntag, dem 1. Oktober, findet das von der Reichsregierung angeordnete Erntedankfest statt. Nach Anweisung der Landesgruppe nehmen die Kreisgärtner und Kreisflecker an dieser Veranstaltung teil. Kein Mitglied darf sich ohne triftigen Grund ausschließen. Begründete schriftliche Entschuldigungen sind rechtzeitig vorher beim 1. Vorsitzenden Hoerner anzubringen. Da es sich um eine Veranstaltung handelt, betelligen sich die Mitglieder bei uns und nicht an den Veranstaltungen der Partei oder NSD. Wir erwarten bestimmt das Erscheinen aller Mitglieder, damit der Vorstand und der Verein nicht wieder so ausfallen wie bei der letzten Veranstaltung. Mitglieder, welche nicht teilnehmen, haben sich eventuell entziehende Unannehmlichkeiten selbst zuzuschreiben. Wir treffen uns im Hauptweg Schützenhof bei der Eingangspforte pünktlich um 12 Uhr. Der unten anhängende Kontrollabschnitt ist abzutrennen und mit Namen ausgefüllt abzugeben.

Oeil Hitler! Der Vorstand
I. A. Ernst Siemsen.

Deutsche „Wahl“

Der „Mainzer Anzeiger“ (Nr. 250) schreibt zur Reichstagswahl:

Und nur darum geht dieser Kampf der kommenden Tage, von dem sich kein Volksgenosse fernhalten darf, wenn er nicht — wie Kreisleiter Oberbürgermeister Dr. Paris es gestern anlässlich einer Besprechung mit Vertretern der Behörden, Verbänden, Konfessionen, Organisationen und Vereinen aller Art entschieden untertreich — das Recht verlieren will, sich noch ein Deutscher zu nennen.

Das Wort von der „Rolle von Menschen, nicht wert, den Namen Deutsche zu tragen“, kommt von Wilhelm II. Wie hat er geendet?

Postkontrolle durch NSDAP.

Vor uns liegen mehrere Briefe, die aus deutschen Städten nach Frankfurt a. M. gegangen sind. Die Briefe wurden geöffnet und wieder verriegelt mit dem Stempel „Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, Ortsgruppe Frankfurt a. M. — Holzhausenpark.“

Mitbin liefert die Reichspost deutsche Briefe einer Parteilgruppe zur Kontrolle aus. Aufeinander hat man es besonders auf Briefe mit jüdisch klingenden Adressen abgesehen.

Wo in der Kulturwelt außerhalb Deutschlands ist ein solcher Skandal möglich?

Vernünftiges Urteil

In Stuttgart wurde ein SA-Mann, der Tafeln mit der Aufschrift „Rein nationales Unternehmen“ zur Andringung an Ladentüren vertrieben hatte, teilweise sogar unter Androhung des Bannstrafs bei Nichtbezug, zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt. Außerdem wurde er aus der SA ausgeschlossen. Der Staatsanwalt, der 3 Monate beantragt hatte, erklärte, daß der Angeklagte durch sein Gebahren gegen das nationale Prinzip der Rassistiknahme auf den Rücken schwer geschlagen habe.

Diebstahl an Witwen und Waisen

Die „Zweite Verordnung zur Ränderung und Ergänzung der Zweiten Verordnung zur Durchföhrung des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ (RMBl. I. S. 678) bestimmt, daß den Hinterbliebenen von Personen, die auf Grund des sogenannten Berufsbeamtengesetzes als öffentlichen Diensten entlassen worden wären, wenn sie nicht vor Inkrafttreten des Gesetzes gestorben wären, die Hinterbliebenenzugänge zu entziehen“ sind.

Grete Livius

Frau in der Emigration

Abends, wenn ich manchmal hier in Prag heimgehe — kann man überhaupt von einem Pensionärszimmer „heimgehen“ sagen? —, sehe ich in Gedanken meine kleine Wohnung am Berliner Breitenbachplatz vor mir. Mit schmerzhafter Deutlichkeit vermag ich mir jede Einzelheit auszumalen. Das weiße Schlafzimmer, den verschwenderisch-großen Balkon, der auf einen weiten, mit englisch geschnittenen Rasenflächen bedeckten Hof hinausging, das Wohnzimmer in sanftem Goldbraun, das eisenerne Badezimmer, die lustige hellgrüne Küche, die viel zu verrückt war, als daß man darin wirklich hätte kochen können... Ich sehe die langgestreckte Allee des Südwest-Korso. Stehen dort nicht schnurgerade Bäume preußisch im Herbstlaub? Ich führe mit der Hand über die Sitze. Trübe Vision. Es ist Venedig, wo ich gehe. Und wenn ich meinen Blick zur Seite wende, so sehe ich die ersten abendlichen Lichter sich in der Moldau spiegeln. Und irgendwo im violetten Nebel verschwimmt der Pradschin...

Viele tausend Frauen sind — seit in Deutschland die Republik starb — ihren Männern über die Grenze gefolgt. Die Nachbarländer haben sie aufgenommen. An erster Stelle Frankreich, dann die Tschechoslowakei, die Schweiz, Oesterreich, Dänemark, Holland. Für manche dieser vielen tausend Frauen bedeutet das Umstellen! Umstellung in jeder Beziehung. In materieller und in geistiger. Vor allem aber in materieller... Es ist nicht unbekannt, daß heute Gattinnen einst angesehener deutscher Anwälte als Kellnerinnen in Schweizer Emigranten-Vokalen antieren. Manche Frau Dr. Sowiels verdient sich ein paar Pfennige durch Nähen, Plücken. Ueberhaupt — jener Typ von Frau, der immer Sinn fürs „Praktische“ hatte, dem Kochen, Wirtschaften und Rechnen — auch dann, wenns gar nicht nötig war — so von Ewas wegen im Blute lag — er findet sich jetzt am besten mit seinem Schicksal ab.

Die sogenannten „tüchtigen“ Hausfrauen dachten immer zuerst daran, sich so schnell wie möglich wieder ein Heim zu gründen, die eigene Wohnung aufzubauen. Sogar dann, wenn das materielle Fundament durchaus nicht mehr oder durchaus noch nicht vorhanden war. Mit bewunderungswürdigem Unternehmungsgestalt geht dieser Schlag von Weiblichkeit, dessen Primitivität zugleich seine unzerstörbare Stärke ist, daran, sich „einzurichten“. Wie das praktisch gemacht wird? Es ist nicht so schwer, wie mancher vielleicht glaubt. Freunde finden sich, hilfsbereite Stellen, die eine billige Wohnung vermitteln helfen. Und die ersten, wichtigsten Möbelstücke. Viele dieser Frauen wirtschaften heute in Prag und in Paris, in Amsterdam und Kopenhagen mit einem Etat, dessen Niedrigkeit nicht zu beschreiben ist. Und dennoch kommen sie durch. Irgendwie. Es sind tapfere Frauen. Sie stehen mit beiden Füßen fest auf dieser Erde und fühlen sich überall auf ihr „Hausfrau“.

Schwerer haben es die intellektuellen Frauen. Die geistig und künstlerisch Schaffenden. Die sensibler sind, weil sie das schmerzliche Erlebnis der Entwurzelung, das Hinausgerissensein aus leidenschaftlich geliebter Tätigkeit

nicht mit jener Robustheit überwinden können wie die anderen. Für die Schriftstellerin, die Kerstin, die Malerin, die Anwältin bedeutet die Umstellung oft eine anfallsvolle Zeit. Für manche ist sie heute noch nicht beendet. Doch dann aber, nach vollzogener Ueberwindung, ist gerade die intellektuelle Frau diejenige, die am ehesten, infolge ihrer geistigen Beweglichkeit, sich neuen Menschen anschließt, sich einen neuen Freundeskreis schafft und so, auf dem Umweg über den international behelmten Intellekt, sich selbst sowie das eigene schöpferische Erleben wiederfindet. Die Frage des Wohnens löst dieser Typ von Frauen in Pensionen und möblierten Zimmern. Daß sie auch hier sich ein Zubehören schaffen wollen, merke ich, wenn ich meine Bekannten aufsuche. Wie vertraut ist mir in jenem Zimmer der „blaugrüne Japaner“ im blühendsten Impressionisten-Stil. Wie vergnügt werde ich, wenn ich bei der anderen das aus vielen Jahren wohlbekannte Grammophon erblicke, dessen Klänge mir manchmal schon auf dem Korridor entgegenwehen.

Intellektuelle Frauen kochen nicht gern. Doch sie haben aus ihrer Bohemeseit das Talent in die Emigration hinübergerettet, mit Hilfe von Eiern, Schinken, Tee nebst Toastkrümel, Tomaten, Schnittlauch und Gurkenscheiben fantasievoll und abwechslungsreich „Dejeuners“ zu bereiten. „Gott“, sagte mir neulich eine frühere Kerstin, „ich bin direkt noch mal jung geworden. Wie konsolidiert lebe ich zu Hause mit Pragis, Wohnung und Mann! Jetzt haben wir nur ein Zimmer im fünften Stock, und so traurig es ist — wenn ich dort hinaufsteige, ist mir manchmal zumute wie damals, als ich eine kleine Studentin war und in Berlin eine winzige Bude am Dönhofsplatz bewohnte.“

Diese Frauen fangen sich auch jetzt, in ihrem entbehrungsreichen Leben, immer noch ein bißchen tägliches Glück. Schwerer haben es die Kinderreichen oder solche, die in den Kollektivwirtschaften der Flüchtlingsheime leben. Neulich sah ich mit einer solchen Frau zusammen, die mit ihren drei Kindern ihrem Mann hierher gefolgt ist. Sie haben vorläufig kein Heim. Mann, Frau und Kinder, jeder wohnt woanders. Die Umschulung macht Schwierigkeiten, die fremde Sprache, die den Kindern nicht geläufig ist, schüchtert sie ein. Ihnen fehlen die einstigen Spielfreunde, die gewohnten Strohen und Plätze. Gewiß — Kinder sind meistens anpassungsfähiger als Erwachsene. Doch eine Zeitlang wird es dauern, bis auch sie sich an die neue Heimat gewöhnt haben. Bis dahin leiden sie unter den ungewohnten Verhältnissen. Die Mutter merkt es, leidet mit ihren Kindern. Diese Frau sah müde und traurig aus, und meine Trostworter vermochten nicht, sie aufzuheitern. Sicher ist, daß ältere Menschen schwerer unter der Emigration und all ihren Begleiterleistungen leiden als jüngere. Die Älteren sind skeptisch. Sie erwarten nichts mehr von der Zukunft. Wenigstens nicht für sich. Die Jungen hingegen — erwarten alles. Und der Sinn ihrer Emigration, ihres Lebens überhaupt, heißt: für ein neues besseres Morgen kämpfen!

„Die Wahrheit“.

Aere, Sale, Salus. Aerea . . .

Europa plätschert noch im Genfer Tümpel, mit leicht erregtem, zierlichem Geschrei. So kämpfen Knaben um den schönsten Wimpel . . . Doch eines Tages ist der Spah vorbei.

Jedes Herr Göbbels jaßt vom Frieden stauert, besorgt in Rottas gläubig Auge blickt — wird in Berlin das letzte Del gebunkert und ein Geschwader in die Luft geschickt . . .

„Aha!“ Und Hitler winkt gelassen römisch zum Start-Triumph der deutschen Wissenschaft. Denn endlich — praktisch, technisch, blochemisch (höchst akademisch!) — ist „das Ding“ geschafft!

Wer hätte's gedacht: zwei Jahre Friedenscredo schludt die Geduld! Jetzt — Donnererschlag — Tumult! Als Grau zuvor beschließt er ein Torpedo vom ersten Stratosphärenatapult.

Das weiß den Weg zur wahren Welterschöpfung: hinweggradiert das weiße Rauchschilder! Und mitten in die wüßte Friedensalefing fällt das Geschloß — und alles ist amorph! . . .

Mit einem Schuß enthauptet ganz Europa! . . . Doch unser Göbbels, nein, war nicht dabei, sah längst mit seinem Glanz in der Mitropa . . . Doch durch Paris und London läuft ein Schrei:

Auf, in die zeltgemähen Katafomben — der Himmel lüftet von Görings Fliegerpad! Sie preschen Giftgas! Gott, und was für Bomben! Frau Holle schmeißt Bazillen aus dem Sack . . .

Nun ist's vorbei. Europa liegt verödet. Nur in Berlin thront noch ein Dschingis-Chan. Für die Minister, die indes verblobbet, baut er in Genf den neuen Vatikan . . .

Hans Mühlstein.

Neue schwarze Listen

Auf der neuen schwarzen Liste für den deutschen Buchhandel befinden sich auch Werke von Heinrich Heine. Ferner ist die psychoanalytische und sexualwissenschaftliche Literatur verboten, vor allem die Werke von Sigmund Freud und Ragnus Hirshfeld. Während die Werke, die auf der ersten, im Frühjahr herausgekommenen schwarzen Liste standen, zum Teil im Buchhandel unbeanstandet weiterverkauft wurden, soll die neue schwarze Liste für den Buchhandel bindend sein. Sie enthält auch sämtliche Werke von Egon Erwin Kisch, Lion Feuchtwanger, Kurt Tucholsky; von Werfel ist nur „Barbara“ freigegeben; Upton Sinclair und Travens stehen mit einer Anzahl ihrer Bücher auf dem Index.

Zeit-Notizen

Die Kunst stirbt

Das Theater am Rollendorsplatz ist zusammengebrochen. Das Berliner Komödienhaus mußte wegen vollkommenen Besuchermangels schließen. Die Große Berliner Kunstausstellung richtet einen Notappell an die Bevölkerung Berlins um Besucher. Der Eintrittspreis beträgt 10 Pfennig.

Karl Marx „arisch geschlagen“

Im „Börsenblatt für den deutschen Buchhandel“ wird „Der Wille zur Kraft“ von Walter Claassen-Dublan folgendermaßen angezeigt: . . . es ist ein arisches Gegenstück zu dem verlogenen jüdischen Werk „Das Kapital“ von Karl Marx und zugleich ein Großangriff gegen den Marxismus in allen seinen Schattierungen . . . Es ist geradezu eine Höhenwanderung, die wir mit ihm antreten.“

Der Kitsch blüht

„Die Durchführung des Beschlusses zum Schutze der nationalen Eigenheit“, schreibt der „Börsenblatt Beobachter“, „schreitet in der Praxis rühtig voran . . . Zugelassen wurde zum Beispiel ein Patentkreuz-National-Gesellschaftsmodell, ein sogenanntes Breitspiel, bei dem kleine Holzsteine auf die in Form eines Patentkreuzes gestaltete Unterlage kommen. Auch Figuren, ZK- und SZ-Männer, nebst Beilagen einschließlich einer Darstellung des Herrn Reichsanalogs als Obersten ZK-Führer wurden zugelassen.“

Berufungen

Die hebräische Universität in Jerusalem hat Prof. D. Torkanner (Berlin) als Professor für hebräische Sprache, Prof. Julius Gutmann (Berlin) als Professor für Geschichte der jüdischen Philosophie, Prof. Adolf Frankel (Wien) als Professor für Mathematik berufen.

Pastoren sehen uns an:

D. Langemann („Deutsche Christenheit in der Zeitenwende“): „Christentum und Nationalsozialismus haben sich wechselseitig zu dienen.“ Heinrich Meier („Wie heißt Du Dich, deutscher Christ“) meint: „Uns bekümmert das Bewußtsein, daß der Nationalsozialismus zur Rettung und Geschenk wurde.“ N. Tügel („Unmögliche Existenz!“): „Wir schulden dem totalen Staat das totale Wort Gottes.“

Rust

Die deutsche Akademie der Dichtung hat Bernhard Rust zu seinem 50. Geburtstag eine Mappe überreicht, in der jedes einzelne Mitglied durch einen Spruch oder Vers dem Minister seine Glückwünsche ausdrückt.

Ein deutscher Professor

Herr D. Westphal stellt in „Vergangenheit und Gegenwart“ (S. 409-51) Hitler über Bismarck, denn sein „Nachgebahrte“ habe schließlich nicht ausgereicht, „um die uralten deutschen Entzweiungen anzulösen“.

Eine Dichterin und das „dritte Reich“

„Es ist mit Boykott zu rechnen“

Aus einem Brief vom 19. Oktober 1933 des Engelhorn-Verlages (Stuttgart) an Hermynia Zur Mühlen:

... Das „Börsenblatt für den deutschen Buchhandel“ veröffentlicht in seiner Nummer vom 10. Oktober, die uns jetzt erst vor Augen kommt, einen Artikel über literarische Emigrantenzeitschriften und erwähnt dabei auch die „Neuen deutschen Blätter“ (Monatszeitschrift für Literatur und Kritik, erscheinend im Faustverlag, Prag, Wien, Zürich, Paris, Amsterdam). Unter den Mitarbeitern sind auch Sie genannt. In der Ankündigung des Blattes heißt es: Die „Neuen deutschen Blätter“ wollen der Weltöffentlichkeit den Nachweis dafür erbringen, daß die deutschen Schriftsteller von Rang fast ausnahmslos entschiedene Gegner des „dritten Reiches“ sind.

Selbstverständlich hat diese Mitteilung starke Empörung ausgelöst, und die Gegenwirkung kann nicht ausbleiben, denn Deutschland muß um der Wahrheit und auch um seiner Selbsterhaltung willen gegen derartiges unbedingt sich zur Wehr setzen. Der Buchhandel wird in dem betreffenden Aufsatz aufgefordert, für die Bücher der Autoren, die an diesen ausgesprochen deutschfeindlichen Zeitschriften mitarbeiten, nicht zu arbeiten: Ja an anderer Stelle wird eine solche Arbeit direkt als Landesverrat bezeichnet. Dies ist auch ganz logisch; bei dem Existenzkampf, in dem wir uns heute befinden, ist es vollkommen unumgänglich, auszulassen, daß die moralische Widerstandskraft von der geistigen Seite her durchlöchert wird. Das Volk hat aber kein anderes Mittel, sich dagegen zu wehren, als eben das geschilderte Druckmittel.

Es ist daher unbedingt mit einem Boykott des „Riesensrads“ zu rechnen, und es wird Ihnen auch nicht gelingen, einen Roman in deutschen Zeitungen unterzubringen, wenn Sie nicht sofort eine Erklärung hinausgeben lassen, daß Sie ihre Mitarbeiterschaft an der Zeitschrift „Neue deutsche Blätter“ zurückziehen. Sie würden sich dabei nichts vergeben, sondern sich im Gegenteil in bester Gesellschaft befinden: auch der Name von Thomas Mann, Alfred Döblin, Rene Schickele und Stefan Zweig ist zum Beispiel von Klaus Mann in der von ihm herausgegebenen „Sammlung“ mißbraucht worden, und die sämtlichen vier Genannten haben sofort, als ihnen der politische Charakter der Zeitschrift deutlich wurde, in einer unumwundenen Erklärung ihre Mitarbeiterschaft widerrufen und sich von der Zeitschrift distanziert. Diese Erklärungen sind ebenfalls im „Börsenblatt“ abgedruckt worden, also authentisch.

Wir möchten Ihnen also anheimstellen, daß Sie sofort eine derartige Erklärung an die Schriftleitung des

„Börsenblattes“ („Börsenblatt für den deutschen Buchhandel“, Leipzig G 1, Schlichtsch 274 75) oder aber an die Reichsstelle zur Förderung des deutschen Schrifttums (Berlin R 54, Draniendurger Straße Nr. 79) abgeben lassen. Sie schädigen sich durch derartige Schritte wie diese Mitarbeiterschaft selbst, ebenso auch uns, vor allem aber das Reich.

Die Antwort

An H. J. Engelhorn's Nachfolger, Verlag in Stuttgart
Sehr geehrte Herren!

In meinem Bedauern komme ich erst heute dazu, Ihren Brief vom 19. d. M. zu beantworten, aber nicht etwa deshalb, weil ich mir betreffs meiner Antwort unschlüssig gewesen wäre, sondern weil mich eine schwere Erkrankung an einer sofortigen Beantwortung verhindert hat.

Da ich Ihre Ansicht, das Dritte Reich sei mit Deutschland und die „Führer“ des Dritten Reiches seien mit dem deutschen Volke identisch, nicht teile, kann ich es weder mit meiner Ueberzeugung noch mit meinem Reinheitsgefühl vereinbaren, dem unwürdigen Beispiel der von Ihnen angeführten vier Herren zu folgen, denen scheinbar mehr daran liegt, in den Zeitungen des Dritten Reiches, in dem sie nicht leben wollen, gedruckt und von den Buchhändlern des Dritten Reiches verkauft zu werden, als treu zu ihrer Vergangenheit und ihren Ueberzeugungen zu stehen. Ich ziehe dieser „besten Gesellschaft“ die Solidarität jener vor, die im Dritten Reich um ihrer Ueberzeugung willen verfolgt, in Konzentrationslager gesperrt oder auf der Flucht erschossen werden. Man kann Deutschland und dem deutschen Volke keinen besseren Dienst erweisen, als das Dritte Reich, dieses zur Wirklichkeit gewordene Grenzmaß, zu bekämpfen, und daher kann dieser Kampf logischerweise von niemandem, der mit dem deutschen Volke und der deutschen Kultur wirklich verbunden ist, als deutschfeindlich bezeichnet werden. Was aber den Vorwurf des Landesverrates betrifft, wenn wir schon dieses pathetische Wort gebrauchen wollen, so würde ich als Dichterin, nach dem Verhalten des Dritten Reiches Oesterreich gegenüber, dann Landesverrat begeben, wenn ich mit meinen bescheidenen Kräften das Dritte Reich nicht bekämpfen würde. Ich bitte Sie, diesen Brief an die Schriftleitung des „Börsenblattes“ und an die Reichsstelle zur Förderung des deutschen Schrifttums weiterzuleiten.

Hochachtungsvoll

Hermynia Zur Mühlen.

Paris
EDA, 10, RUE BLANCHE 10
Für 15 Fr. monatlich stehen Ihnen 3000 moderne deutsche Bücher zur Verfügung
Deutsche Leihbücherei
O (Trinité) O

Pariser Berichte

Das Urteil im Geiste Moros

Der zum Tode verurteilte Sarret in Eisen — Die bayerischen Schwestern wegen Mordes freigesprochen, aber für jede 10 Jahre Zwangsarbeit!

Aix-en-Provence, 31. Oktober.

Die Prüfung der zwei Schriftstücke mit violetter Tinte, die Sarret bei Chambon gefunden haben will und die den Namen des Mordehelfers, das Chambon mit Chemie beschaffte, haben kein positives Ergebnis gehabt. Der Sachverständige Dr. Beroud vom Laboratorium des gerichtlichen Erkennungsamtes in Marseille läßt die Fragen der Echtheit der Schriftstücke offen.

Der Generalstaatsanwalt Vacaux ist ein Mann mit Adlernase und schwarzen Augen. Er spricht langsam und unterschreibt jede seiner Eilben.

Die ersten Worte des Staatsanwalts sind klassisch: „Die Namen von Georges Sarabiani, Katharina und Philomene Schmidt,“ so beginnt er, „stehen von jetzt an im Verbrecherbuch.“

Für ihn, für Sarret, steht mein Urteil fest: ein Mann von seltener Intelligenz, aber auch ein Führer teuflischer Taten. Die Mädchen waren nur seine Helfer.“

Der Staatsanwalt nennt Deitreuil, der die Namenshöchheit mit Katharina schloß und Unterzeichner der Dokumenten Sarrets sein soll, einen Abenteuerer und wiederholt vorbestrafte Betrüger.

Im Falle des Fischhändlers di Lorenzo, der dem Sarret vorzeitig, vor Abschluß der Lebensversicherung, wegstarb, entbehrt der Staatsanwalt einen bezeichnenden Charakterzug: Sarret bedrohte die Gesellschaft mit Erpressung, wenn sie ihn verflage.

Die reizende Villa, in die Magali geführt wurde, um dort verpflegt und vergiftet zu werden, nannte der Anklage-

Aix-en-Provence, 2. November.

Das Todesurteil gegen den furchtbaren Levantiner im Aix-Prozess ist gefällt worden, aber anders, als die vor Erregung zitternden Provencalen erwarteten. Die Geschworenen des Volkes haben nach dreieinhalb Stunden Beratung im geheimen Zimmer den Rechtsberater Sarret nur der Morde in der einsamen Villa (Erziehung des Expletikers Chambon und seiner Geliebten) für schuldig erachtet. Wegen der Vergiftung der jungen Magali wurde Sarret, wahrscheinlich entsprechend der wunderbaren Verteidigungsrede von Moro-Giafferri, freigesprochen.

Die größte Überraschung ist, daß die beiden bayerischen Schwestern Schmidt wegen Mordes oder Mittäterschaft oder Beihilfe am Morde völlig freigesprochen wurden. Dagegen wurden sie wegen Versicherungsbetrugs und Urkundenfälschung zu 10 Jahren Zwangsarbeit verurteilt, und zwar gleichmäßig, Philomene wie Katharina. Mißerbende Umstände wurden ihnen anerkannt. Dieses Urteil scheint das Spiegelbild der Rede des großen Verteidigers zu sein.

Moro hatte in seinem herrlichen Plaidoyer gesagt: „Verurteilen Sie die Schwestern eine wie die andere. Ich habe nicht den Mut, ihren Freispruch zu verlangen. Aber ich will das Maß ihrer Schuld abwägen... Sie waren passiv, Sie waren leicht, passiv — ihre Barke folgte dem großen Schiff. Aber Mord, Tötung, Gewalttätigkeit — nein!“

Weiter hatte Moro die Anklage der Vergiftung der Magali, dieser Entzündenden, deren Name schon wie Gesang ist, abgelehnt. Moro hat wahrscheinlich auch die Keltere vor ewigem Justizhaus gerettet; er sagte: „Ich begreife, daß Sie bei der Wahl zwischen der Fälligeren und der Schöneren für die Schöneren sind. Aber mein Herz schlägt für beide. Philomene ist auch deswegen hilfsbedürftiger, weil sie Mutter ist, eine Mutter, deren junge Tochter Sarret mit in den Strudel reihen wollte. Haben Sie Mitleid mit den Opfern, ersparen Sie den Verführten die Hölle der Lebenslänglichkeit!“

Die fünf Nebenangeklagten wurden alle freigesprochen: Der Dr. Guay, Stadtrat von Marseille, der den Totenschein Magalis ausgestellt hatte. Der Koch Luffeaur, die Matler Brun und Siotis, die Sarrets Helfer gewesen sein sollten. Und Sarrets junge, bedauernswerte Tochter Kimee, die der entscheidende „Papa“, wie das Kind ihn nannte, durch Verschreibungen von Geldsummen in die Mühle hineingezogen hatte. Sie ging in tiefer Trauer über das Geschick ihres Vaters hinaus.

Sarret hatte nichts mehr erwartet. Er nahm das Urteil in finsternen Schweißen auf. Er hatte fast auf jede Verteidigung verzichtet und nur zum Schluss, als er das „letzte Wort“ hatte, um die Milde des Gerichts gebeten. Die furchtbare, wie Keulen schmetternde Anklagerede des Staatsanwalts, der „das Haupt dieses Mörders“ gefordert hatte, hat ihn vernichtet. Katharina hatte weinend die Geschworenen um Gnade für sich und ihre Schwester angefleht.

Den Geschworenen waren 174 Fragen vorgelegt. Nach dem Urteilspruch wurden Sarret und die Schwestern allein vorgeführt. Sarret empfing die Gemisheit durch eine Geste seines Verteidigers. Er schweig. Die Schwestern redeten aufgeregt in deutscher Sprache aufeinander ein.

Der Strafrahmen für die Schwestern lag zwischen 5 und 10 Jahren Zwangsarbeit, eventuell sogar nur zwischen 2 und 5 Jahren Gefängnis. Der Staatsanwalt beantragte die Höchststrafe. Die gemeinsame Beratung der gelehrten und Laien-Richter erkannte auf 10 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Landesverweisung.

Sarret wurde nach dem Urteil, wie es der Brauch vorschreibt, in der Mörderzelle in Zuchthaus gelegt. Zwei Wächter bewachen ihn Tag und Nacht, bis über das Begnadigungsrecht des Präsidenten der Republik entschieden ist. Es wird angenommen, daß der frühere Rechtsberater Revillon einlegt.

Die Schwestern Schmidt sind ins Frauengefängnis zurückgebracht. Sie weineten und verbrachten eine verzweiflungsvolle erste Nacht nach dem Urteil, mit dem dieser grauenvollste aller Mordprozesse der neueren Jahre schloß.

Das Neueste: Kinderaufbewahrung im Bahnhof

Seit kurzem besteht im Bahnhof Montparnasse, der der französischen Staatsbahn gehört, ein großes modernes Kino, das von morgens 10 Uhr bis 1 Uhr nichts ununterbrochen spielt — ein Gegenstück zu dem bereits älteren Kino im Bahnhof St. Lazare. Wenn eine Mutter, von des Haushalts Kasten geplagt, die Luft empfindet, sich eine gute Stunde für nur zwei Franken in diesem Kino zu unterhalten, aber nicht weiß, was sie mit den Kindern anfangen soll, die noch zu klein sind für die lebende Leinwand — so kann sie einfach ihre Kleinen in der „Kinderaufbewahrung“ abgeben oder vielmehr in Obhut geben. Eine Krankenschwester betreut die Kinder, gibt ihnen Spielzeug, erzählt ihnen Märchen.

Die „Kinderaufbewahrung“ im Bahnhof verfügt über einen großen Raum mit „akklimatisierter Luft. Sie ist beinahe ein — Kindergarten. Nur daß in diesem Bahnhofskindergarten jede Stunde und jeden Tag die Jünglinge wechseln, und daß er — nichts kostet.

Der Bahnhof Montparnasse, einer der modernsten von Paris, besitzt auch eine „Kurzferne“. Hier können die Mütter, die mit ihren Babys auf Reisen gehen, die Kleinen waschen und nähren. Jederzeit wird hier frische Säuglingsmilch in der notwendigen Temperatur zum Verkauf bereitgehalten und eine Pflegerin steht der reisenden Mutter zur Hilfeleistung zur Verfügung.

Banditenstück in Marseille

Marseille, 2. Nov. Sechs Banditen überfielen ein Auto, in dem sich der Kassierer eines Garagenunternehmens befand, und raubten 94.000 Franken. Erst eine Stunde vor der Tat hatten sie ein offenes Automobil gestohlen. Sie fuhren dem Wagen, in dem sich der Kassierer, ein ehemaliger Polizeikommissar, mit zwei anderen Personen befand, in die Fahrtrichtung. Als beide Wagen dießen, sprangen nicht nur die Insassen des offenen Autos, sondern auch einige Heiserdecker, im ganzen sechs Räuber, herbei und zwangen mit vorgehaltenem Revolver mitten am Tage und mitten in der Stadt Marcellles die drei Insassen des anderen Autos, die Geldtasche auszubändigen. Die Räuber fuhren dann davon. Ein Taxifahrer, der den Raub aus der Ferne beobachtet hatte, nahm die Verfolgung auf; jedoch war der Ueberfall so gut vorbereitet, daß ein drittes Auto auch wieder dem Taxi in die Fahrbahn fuhr und die Verfolgung vereitelte.

Noch nie dagewesen in Paris

Die Schneider von Grenell - früher Lieferanten der großen Pariser Magasins alpt. Schneider

19, rue de Lourmel, Metro Duplex, Telefon Sagur 15-08

teilen ihrem großen Kundenkreis mit, daß sie sich entschlossen haben, die großen Geschäfte nicht mehr zu betreiben und verkaufen ihre gesamte Fabrikation an Privatbanken. Sie profitieren dadurch die billigen Preise und außergewöhnliche Konditionen

Sagen Sie selbst: Damenmantel mit Pelzkragen, versch. Farben, 120 Fr. Mantel ohne Pelz bedeutend billiger - Derselbe Preis auf Bestellung Verkauf nur Sonnabends von 14-20 Uhr und Sonntags von 8-20 Uhr

Besuchen Sie unsere Ateliers täglich

Unzufriedene erhalten das Geld zurück

Pariser Straßenkalender

Das Modell eines gigantischen, 1000 Meter hohen Turms von Frankreich für die Internationale Ausstellung 1907 in Paris wird an der Porte de Versailles gezeigt. (Der Eiffelturm ist bekanntlich 300 Meter hoch.)

Zum erstenmal wurde eine junge Dame, Madame Rigard, zur Leiterin einer Pariser Klinik, des Hospital de Baugrard, ernannt. Sie hat Nationalökonomie studiert und ist Mutter eines Mädchens von drei Jahren.

Das Hakenkreuz an der Loire

In dem großen französischen Hafen St. Nazaire an der Loire-Mündung haben die französischen Dockarbeiter sich geweigert, den deutschen Dampfer „August Thissen“, der mit 1200 Tonnen Kohlen aus Danzig kam, zu entladen. Der Dampfer hatte die Hakenkreuz-Flagge gehißt. Der Kapitän weigerte sich, die Flagge einzuholen. Die französischen Hafenarbeiter üben in ihrem Kampfe gegen den Geist Hilters eine ausgezeichnete Solidarität für die ihnen die deutsche Freiheitsbewegung dankbar ist.

Die nächsten Konzerte

Vendredi, le 3 Novembre

Concerts Padeloup, — 9h. Th. des Champs-Elysees, Festival Beethoven (Chef d'Orchestre Felix Weingartner).

Opera, — 7h30 Le Crepuscule des Dieux.

Com. Francaise, — 8h45 La Francerie.

Op. Comique, — 8h45 Mme Butterfly.

Odeon, — 8h30 Le Rosaire, L'Heure Espagnole.

Gaité Lyrique, — 8h45 Le Pays du Sourire (op. Franz Lehar).

Samedi, le 4 Novembre.

Concerts Padeloup, — 5h. (Th. Ch. Elysees) Festival Beethoven (Chef d'Orchestre Felix Weingartner).

Concerts Colonne, — 17h. (Th. Châtelet) cantatrice Mlle Bunet, altiste M. Boulay.

Opera, — 8h. Faust.

Com. Francaise, — 8h. Le Voyage de M. Perrichon Mr Vernet.

Op. Comique, — 8h30 Les Contes d'Hoffmann

Odeon, — 2h30 et 8h30 Le Marchand de Venise.

Trocadero, — 8h15, Frasquita (Op. Com.).

Gaité Lyrique, — 8h45, Le Pays du Sourire (op. Franz Lehar).

Beethoven-Musikfeste

Das Orchester Padeloup gibt diese Woche drei Beethoven-Konzerte, — alle unter der Leitung des berühmten Dirigenten Felix Weingartner:

Freitag werden die 8. und die 9. Symphonie gespielt, die 9. unter Mitwirkung des Chors von Saini-Gervais und der Solisten: Fr. Respoulous und Jais, Herren Rambaud und Dupre.

Samstag besteht das Programm aus der 6. Symphonie, der Ouvertüre aus „Camont“ und dem Konzert für Geige, gespielt von Henry Merckel.

Sonntag werden die 3. („Heroica“) und die 5. Symphonie vorgeführt.

Fest des Deutschen Klubs

Der republikanische Deutsche Klub veranstaltet am Samstag, 4. November, ein Fest von 21.30 bis 3 Uhr im Grand Hotel Vitre am Bahnhof Montparnasse (9, Rue Vitre), bei dem nur emigrierte deutsche Künstler auftreten

Auf dem Programm stehen die Melody Artists, u. a. mit Schichten aus dem Wiener Wald und Vespourri, Alice Janzen vom Breslauer Stadttheater bringt Schlager, Walter Lindenberg singt, Ferner treten auf Erka Motulski, Della Sorrent (Stadt. Oper Berlin), Ruth Prassler, Dr. Hans Kainz.

Karten nur an der Abendkasse für 15 Fr. Tanz-Orchester Verbuto, Tombola, 60 Prozent des Tombolaerlöses und 50 Prozent der Einnahme einer amerikanischen Vertheigerung werden einer Flüchtlingskolonie zur Verfügung gestellt, die anderen 50 Prozent sonstigen wohltätigen Zwecken. 50 verbliebte Karten zu 6 Fr. werden Stellungslofen vorbehalten. Abend- oder Straßenanzug.

Die Agentur der „Deutschen Freiheit“ in Straßburg

haben wir übertragen

Herrn Wilhelm Hofmann
Straßburg, Rue Sedillot Nr. 10

Aufträge für Inserate, Abonnements usw. bitten wir dort abzugeben. Auch werden alle Auskünfte erteilt.

Verlag der „Deutschen Freiheit“ Saarbrücken

VERTRETER

Wiederverkäufer — Hausierer für besonders billige geschmackvolle KUNSTS. DAMEN-WASCHE gesucht. Grosse gewinnbringende Sache.

Offerten an Publ. Metz, 51, rue Turbigo No 937

INSERIEREN BRINGT GEWINN

Stiller oder tätiger Teilhaber mit 30 bis 50000 Fr. für lukr. laufend gut beschäftigten Unternehmen der Holzbranche gesucht. Angebote an die „Deutsche Freiheit“ unter Nr. 951 — 959

Teilhaber gesucht

der sich evtl. auch mit betätigen kann, für gutes Unternehmen in METZ. Angeb. a. d. „Deutsche Freiheit“ unter Nr. 968 erbeten.

vertreter ein wahrhaftes Grab. „Der schwarze Mantel und den Hut, den Philomene in der Wäsche ihrer trauernden eigenen Mutter bei der Einfassung der 17 Millionen Franken trug, hat nachher Madame Sarret als Trauerkleidung getragen. Sie leben, meine Herren, dieser Sarret verschmähe auch kleine Gewinne nicht...“

Dieser Sarret ist ein Vagabund, er hat gelogen, die arme Magali nicht zu kennen, er hat immer gelogen...“

„Was den Dr. Guay angeht,“ fuhr dann der Staatsanwalt fort, „der uns fünf Dokumente über den Tod der Magali geliefert hat, so hätte er besser gedient, einfach dem Untersuchungsrichter zu gehen, daß er den Reizen Katharinas erlegen ist...“

Als der Ankläger von dem Doppelmord in der einsamen Villa sprach, bezichtigte er Sarret so schwer, daß dieser das Haupt senkte.

Er stellte acht Beweise für vorbedachten Mord fest. „Die einsame Villa,“ sagte er, „war ein Schlachthaus.“

Furchtbar lebte die Szene mit dem Mikrobiologen in den Worten dieses Anklägers auf: „Herr Rechtsberater...“

Sarret, Herr politischer Kandidat mit dem Vornamen des Geschichtsmanns, da krenpelteten Sie Ihre Armei how und füllten die Eimer, die die Mädchen draußen leerten... Ich fordere das Haupt dieses Mörders!“

Das Todesurteil, das allgemein erwartet wird, dürfte in der Nacht zu Allerheiligen fallen. Wegen die Schwestern Schmidt werden hohe Jugendstrafen erwartet, aber Katharina dürfte milder als die ältere beurteilt werden.

Unter den elf Verteidigern tritt wieder Moro-Giafferri besonders hervor. Die Geschworenen sind einfache Bürger und Bauern.

Durch die Strahlen von Aix eilt das Gerücht, Sarret habe erklärt, er werde im Falle seiner Verurteilung noch neue Verbrechen eingestehen, und die Schwestern würden dann auch ihr Teil abgeben...“

Bei dem letzten Bilde, das wir sehen, blickt Philomene hinter gerade aus, Katharina, die Hübschere, die Weinende, schaut die Geschworenen an! —

Poulet-Konzerte

(Theatre Sarah-Bernhardt)

Samstag, den 4. Nov. um 17.30 Uhr unter der Leitung von Emile Cooper und Mitwirkung von Nicolas Ozari Russisches Musikfest: 7. Symphonie von Borodine, „Zur ersten“ und „Klimow“ von Ljadost, 2. Konzert für Klavier, von Rachmaninoff, „Bilder eines Ausstellungs“ von Moworgsky.

Chez Wanda

23, rue Caumartin

Cabare, Dancing, Mittag- und Abendessen, Orchestre

The two hot players „Marcel“

Yvonne Henry, Tassia Mouratoff, corin, Go-ovko

Direktion: Oscar L. Herr, Erlstow

Villa Montmorency

billig, vermietet, große u. kleine möbl. Zimmer. Alle Bequemlichkeiten. Garten, nach Wunsch Pension, 29, Avenue des Tilleuls (Auteuil)

CH. ELYS.

Hotel Avenida

41, rue Colisée. Komfort. Zimmer ab 300, Pension ab 35 Fr. täglich

Große französische Versicherungs- u. Maklergesellschaft, möchte n. einem

Versicherungsagenten,

deutsch. FLOCHTLING, l. Ge. chaf. Beziehungen eintreten zwecks Gründung einer Organisation in Paris. Schreiben an: LEO BLOCH, 22, rue Beaujon, PARIS (8)

Carusos Söhne vor Gericht

Boulogne, 31. Oktober.

Enrico Caruso, der Sohn des großen italienischen Tenors, wurde zu 60 Tagen Gefängnis verurteilt, wird allerdings einer Amnestie teilhaftig. Auch sein jüngerer Bruder stand vor den Schranken, wurde aber freigesprochen.

Die beiden sollten auf der Landstraße einen Wagnern mit einem Ochsenspann angegriffen haben. Der Wagnern hatte ihr Auto nicht schnell genug vorbeifahren lassen. Der wenig empfehlenswerte Sohn Carusos schlug ihn so, daß er das Bewußtsein und fast den Verstand verlor. Dann ließen sie ihn hilflos liegen!

Dr. Spécialiste
96, rue de Rivoli - Métro: Châtelet
RADIKALE HEILUNG von BLUT-, HAUT- und FRAUENKRANKHEITEN
Heilung von Krampfadern und offenen Beinwunden
Neueste Behandlungsmethoden: Elektrizität, Impfungsmethoden, Typfälle voneinspritzungen
Blut- und Harn-Untersuchungen, Spermakultur, Salvarsan, Wismut usw.
Sprechstunden täglich von 10-12 und von 4-8 Uhr; Sonntags von 9-12 Uhr
Konsultationen von 25 Fr. ab.
Man spricht deutsch

DEUTSCHE KLINIK
18, RUE BLANCHE
MÉTRO: TRINITÉ UND ST. LAZARE. TELEFON: TRINITÉ 64-79
"POLIKLINISCHE ORDINATION"
Für: Innere, Chirurgische, Frauen-, Kinder-, Haut- und Geschlechtskrankheiten, Augen-, Ohren-, Nasen- und Halskrankheiten, Geburtshilfe, Kneipen, Diathermie, Höhenstrom- u. Grenzbestrahlung, OPERATIONEN, WOHNERINNENHEIM
Ordination: täglich von 1 bis 8 Uhr, Sonn- und Feiertagen von 10 bis 12 Uhr

Dr. med. Philippe Czajkowsky
SPRICHT DEUTSCH
5, Av. d'Eylau, (Trocadéro), Tel. Passy 47-57
Sprechstunden täglich von 1.30 bis 3.30 Uhr
für innere, Frauen- und allgemeine Krankheiten

Damenschneider J. Mastchenko
7, Rue de Madrid St. Honoré. Tel. Opéra 72-79
Kleider, Mäntel, Pelze, Umarbeitung, Reparierung

Regierungskommission gegen Saar-Terror

Eine Reihe neuer Verordnungen

Wieder legt die Regierungskommission des Saargebietes eine Reihe von Verordnungen vor, die dem täglich wachsenden Terror an der Saar begegnen sollen. Immer entsteht dabei freilich das Problem: wie verhalten sich Exekutive und Justiz bei der Durchführung? Von großer Wichtigkeit ist in diesem Zusammenhang, daß für gewisse Vergehen nunmehr als einzige Instanz der Oberste Gerichtshof in Saarbrücken zuständig ist.

Waffenmißbrauch

Die Regierungskommission hat eine Reihe neuer Verordnungen entworfen dem Landesrat zugehen lassen.
Die erste davon heißt eine Verbotung der Verordnungen vom 11. Dezember 1931 gegen den Waffenmißbrauch, durch die das Nebengebiet von Waffen, und zwar von Schusswaffen sowie von Hand- und Strohmaschinen, mit Strafe bedroht worden ist.
Da, wie es in der Verordnung heißt, die Strafandrohungen dieser Verordnung nicht ausgereicht haben, um Zuwiderhandlungen auszuschließen, sieht die vorliegende Verordnung eine erhebliche Verschärfung der bisher angedrohten Strafen vor, insbesondere sieht sie Mindeststrafen fest, unter die der Richter im Einzelfall nicht gehen darf, und zwar Gefängnis von 2 bis 6 Monaten, bei mildernden Umständen Gefängnis von einem Monat für den, der außerhalb seiner Wohnung, seiner Geschäftsräume oder seines besetzten Bestandes eine Waffe unbesetzt führt; Gefängnis von einem halben bis 1 Jahr, bei mildernden Umständen mindestens zwei Monate, für den, der eine Schusswaffe unbesetzt führt und eine Gewalttat mit ihr gegen einen anderen begeht oder ihm androht.

Oeffentliches Flagen

Eine zweite Verordnung betrifft den Mißbrauch des öffentlichen Flagens.
Danach darf die Beflaggung der staatlichen und kommunalen Dienstgebäude sowie der Gebäude der öffentlichen Schulen, der öffentlichen Straßen und Plätze sowie der zum öffentlichen Gebrauch bestimmten Gebäude und sonstigen öffentlichen Einrichtungen des Staates und der Gemeinden (Gemeindeverbände) nur auf Anordnung oder mit Genehmigung des Präsidenten der Regierungskommission erfolgen. Das gleiche gilt für Dienstwohnungen, die sich in staatlichen Dienstgebäuden befinden.

Die Neutralität der Beamten

Eine dritte Verordnung betrifft die Neutralitätspflicht der Beamten.
Danach sind sämtliche Beamten des Saargebietes verpflichtet, in Ausübung oder in Veranlassung der Ausübung ihres Amtes, weder unmittelbar noch mittelbar an den die Volksabstimmung betreffenden Auseinandersetzungen Anteil zu nehmen. Sie sind verpflichtet, in Ausübung oder in Veranlassung der Ausübung ihres Amtes allen Einwohnern des Saargebietes gegenüber sich gleichmäßig zu verhalten. Alle entgegenstehenden Bestimmungen des Reichsverfassungsgesetzes sowie der preussischen und bayerischen Beamtengesetze, werden entsprechend abgeändert und ergänzt.
Die dieser Verordnung beigegebene Deklaration weist auf die Verpflichtung der Regierungskommission hin, ihr Amt unparteiisch und neutral zu führen, die Rechte und Wohlfahrt der Bevölkerung sicherzustellen, wobei jedoch dem Charakter des Saargebietes als Abstimmungsgebiet eine überlegende Bedeutung zukommt, die gerade ihre rechtliche Ausprägung in der Schaffung einer unabhängigen und neutralen Regierungskommission und der Aufstellung besonderer Garantien für die Bevölkerung erkennen hat. Das bedeutendste Recht der Saargebietbevölkerung aber sei das Recht auf eine freie, geheime und uneingeschränkte Abstimmung. Das dieses Recht annehmbar jedem einzelnen Saargebietbewohner in vollem Ausmaß zusteht, somit auch der Schutz dieses Rechtes keineswegs von der Einwirkung einer erst Reichsregierung abhängig gemacht werden dürfe, müsse sich jeder Beamte stets vor Augen halten.
Keiner Partei könne der geheime Kampf um die Seele der Bewohner des Saargebietes verboten werden, es dürfe aber auch keiner Partei die Möglichkeit eingeräumt werden, unter Veranlassung der Staatsautorität politische oder kulturpolitische Ziele zu verfolgen und die öffentliche Meinung für sich zu gewinnen.

Wohlfahrtsveranstaltungen

Eine vierte Verordnung betrifft Veranstaltungen zu Wohlfahrtszwecken.
Danach bedarf jeder, der zu gemeinnützigen oder mildtätigen Zwecken eine öffentliche Veranstaltung, einen öffentlichen Betrieb von Gegenständen, eine öffentliche Werbung von Mitgliedern oder Mitarbeiterinnen oder eine öffentliche Sammlung veranstalten will, der Genehmigung der Regierungskommission. Darunter fallen auch solche Sammlungen, die durch Haus- u. km. Straßensammler oder durch Einzeldarstellungen von Spenden auf Konzerten veranstaltet werden. Bevor die Genehmigung nicht erteilt ist, darf die Veranstaltung nicht öffentlich angekündigt werden. Daselbe gilt auch für beratende Veranstaltungen, die vom Saargebiet aus außerhalb des Saargebietes veranstaltet werden sollen.
Mehrere Artikel regeln Einzelheiten über die Geschäftsführung beratender Untersuchungen und enthalten Strafandrohungen für Zuwiderhandlungen. Mit dem Inkrafttreten der neuen Verordnung wird die Bekanntmachung des Landesrats vom 15. Februar 1931 außer Kraft gesetzt.

Mahnung an die Beamten

Eine weitere Verordnung betrifft die Organisation und Abänderung des Strafverfahrens und des Gerichtsverfahrens.
Die Verträge des Antidiskriminierungsgesetzes werden durch das Gesetz über die Verträge von mindestens einem Jahre, bei mildernden Umständen von drei Monaten befristet. Auf unbefristete öffentliche Bekanntmachung von Antidiskriminierungsgesetzen

Gefängnis von drei Monaten, bei mildernden Umständen von zwei Monaten. Auf Verletzung der Neutralitätspflicht durch Beamte steht eine Gefängnisstrafe von mindestens 6 Monaten und Geldstrafe von mindestens 1000 Fr., bei mildernden Umständen 6 Wochen und 1000 Fr., wenn die Verletzung begangen ist durch pflichtwidrige Teilnahme an den die Volksabstimmung betreffenden Auseinandersetzungen, ein Beamter aber, der die Verpflichtung verletzt, sich allen Einwohnern des Saargebietes gegenüber gleichmäßig zu verhalten, erhält drei Monate Gefängnis und mindestens 1000 Fr. Geldstrafe, bei mildernden Umständen drei Wochen und 500 Fr.
Auf Verletzung zur Verletzung der den Beamten obliegenden Pflichten steht Justizhaus bis zu zwei Jahren, bei mildernden Umständen Gefängnis von mindestens drei Monaten. Bei Angehörigen und Arbeitern sind die betreffenden Strafen drei Monate bzw. drei Wochen Gefängnis.

Gegen Denunzianten und Entführer

Die Denunziation eines Einwohners des Saargebietes durch einen nichtsaarländischen Beamten oder einer saarländischen oder nichtsaarländischen Behörde wegen einer nach dem Gesetz des Saargebietes nicht strafbaren Handlung oder eines Beamten oder Angestellten wegen Verletzung einer Amtspflicht oder Dienstpflicht in der Absicht, ein beschuldliches Vergehen oder andere Maßnahmen herbeizuführen, wird mit Justizhaus bis zu drei Jahren bestraft.

Die freie Gewerkschaftsfront der Saar!

Zusammenfassung aller nichtgleichgeschalteten Gewerkschaften des Saargebietes

Saarbrücken, 2. November 1933.
Vor vier Tagen haben die Nationalsozialisten auf Anweisung der Berliner Zentralstellen der nationalsozialistischen Deutschen Arbeitsfront für das Saargebiet mit Hilfe der restlos gleichgeschalteten gelben und ehemals christlichen Gewerkschaften in Anwesenheit des schwarz-weiß-roten Unternehmens, der hiltlerdeutschen Handelskammer und ähnlicher gleichgeschalteter Institutionen die „deutsche Gewerkschaftsfront“ an der Saar ausgerufen. Daß es sich dabei um eine den bestehenden Gesetzen des Saargebietes widersprechende Organisation handelt, die das willkürliche Vorgehen der Berliner Nationalsozialisten, liegt ebenso klar zutage wie die Tatsache, daß diese sogenannte „deutsche Gewerkschaftsfront“ eine typisch gelbe, unselbständige, unter Nazi-Druck zusammengeschweißte und diesen Druck mit Unternehmerunterstützung an die nichtgleichgeschalteten Arbeitnehmer weiterleitende Abstimmungsorganisation ist.
Western haben die freien Gewerkschaften des Saargebietes darauf die Antwort erteilt, indem sie die „freie Gewerkschaftsfront“ der Saar in zwei Entschärfungen zur politischen und wirtschaftlichen Lage herausgestellt und sich klar und schärf gegen allen Hitlerterror abgegrenzt haben.
Unter erneutem schärfstem Protest gegen die terrorisierende Vergewaltigung der freien Gewerkschaften in Deutschland erklärten sich die freigewerkschaftlichen Berufsverbände des Saargebietes als selbständige Landesorganisation zur Weiterführung des Erbes freigewerkschaftlicher Arbeit im Kampf um Frieden, Freiheit und Menschenrechte. Wörtlich heißt es in der politischen Entschärfung:

„Die freien Gewerkschaften des Saargebietes sind mit der internationalen Arbeiterschaft in allen europäischen Staaten ein Hort des Friedens. Der Austritt Hitlerdeutschlands aus dem Völkerverbund hat diesen sehnlich erwarteten Frieden in Frage gestellt und die für uns so bedeutsame Saarlage einem völlig ungewissen Schicksal überantwortet.“

„Mit Recht verlangen die freien Gewerkschaften die Herausgabe der ihnen widerrechtlich durch Hitler vorenthaltenen, durch Saararbeiter und Saargebietler mitaufgebrachten Vermögensanteile der freien Berufsverbände, und erklären zugleich, daß sie mit allen Freiheitskämpfern des Saargebietes den Kampf um die Freiheit des Saargebietes unerbittlich und entschlossen zu Ende führen werden.“

In einer Entschärfung zur wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Situation protestiert die freie Gewerkschaftsfront schärfstens gegen die Mißachtung und dauernde Verletzung der vertraglich und gesetzlich gewährten Arbeitsfreiheit. Wörtlich heißt es darüber in der Entschärfung:

„In einer Anzahl Betriebe wird unter dem schärfsten Terror der Arbeitgeber und ihrer Beamten die freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter- und Angestellten-

arbeiterschaft bis zu drei Jahren befristet, bei mildernden Umständen mit Gefängnis von mindestens drei Monaten.
Schließlich wird mit Gefängnis von mindestens sechs Monaten, bei mildernden Umständen zwei Wochen, befristet, wer aus politischen Beweggründen einen anderen mit der Beachtung eines Verbotens, Vergehens oder mit Nachteilen nach der Volksabstimmung bedroht.
Ein Beamter, der verurteilt ist, seinen Amt als Beamter der Strafverfolgung oder bei Vollstreckung der Strafe mitzuwirken, wird mit Justizhaus bis zu zwei Jahren befristet, wenn er die Verfolgung einer strafbaren Handlung unterläßt oder eine Handlung begeht, die geeignet ist, eine Freisprechung zu bewirken. Bei Polizei- und Landjägerbeamten beträgt die Strafe bis zu 5 Jahren Justizhaus.
Für Untersuchung und Entscheidung ist als einzige Instanz der Oberste Gerichtshof in Saarbrücken zuständig.

Wichtige Verfügungen zum Vereinsrecht

Eine besonders einschneidende Verordnung ist auch diejenige betreffend die Auflösung des Reichsvereinsgesetzes von 1908.
Nach dieser neuen Verordnung können Personen, die Mitglied eines nichtsaarländischen Staatsorgans oder einer nichtsaarländischen Behörde sind oder ein öffentliches Amt außerhalb des Saargebietes bekleiden, weder Vorstand noch Mitglied des Vereins noch Leiter von politischen Vereinen sein. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis und Geldstrafe oder mit einer dieser Strafen bestraft. Bei der zweiten Bestrafung wegen Zuwiderhandlung gegen diese Vorschrift beträgt die Strafe mindestens ein Monat Gefängnis.
Politische Vereinen ist es nicht gestattet, mit Vereinen außerhalb des Saargebietes in der Art in Verbindung zu treten, daß die einen den Beschlüssen und Organen des anderen unterworfen und mehrere solcher Vereine unter einem gemeinsamen Organ zu einem einheitlichen Ganzen vereinigt werden. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis und Geldstrafe von mindestens 1000 Fr. zur Höhe, beim zweiten Male 2000 Fr.
Politische Vereine, ihre Leiter oder Vertreter dürfen keine Beschlüsse fassen oder Erträge anfertigen in der Form von Gesetzen, Verordnungen, Rechtsprüchen oder anderen Erlassen der öffentlichen Behörden, besonders auch dann nicht, wenn sie sich dadurch oder durch Anweisungen, Anträge, Beschlüsse oder dergleichen annehmen oder annehmen den Anschein erwecken.
Bei Zuwiderhandlungen gegen alle diese Bestimmungen kann ein politischer Verein aufgelöst werden. Diese Verordnung tritt in Kraft sieben Tage nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt. Alle entgegenstehenden Bestimmungen, insbesondere des Reichsvereinsgesetzes, werden aufgehoben.

hofft zum Austritt aus ihrer Berufsorganisation genötigt. Der Zwang zum Eintritt in den Rotring oder ähnlichen nationalsozialistischen Gewerkschaften, das Verlangen des Hitlerregimes im Betriebe und die Beeinflussung der Jugend zum freiwilligen Arbeitsdienst für Hitler sind unerhörte Zwangsmassnahmen in den gleichgeschalteten Betrieben.“
Von der Regierungskommission verlangt die Entschärfung den gesetzlichen Schutz der Arbeit, die Milderung des Arbeitslosen- und Kurzarbeiterelends, die Regelung der Arbeitszeit und die

An- und Verkauf
zentraleuropäischer und südamerikanischer Devisen Effekten und
REICHSMARK
durch das Bankhaus
Georges Perles & P. Michel
34, RUE LAFFITTE, PARIS IX
TELEFON TAITBOUT 98-40 BIS 45

bereits seit Jahren geforderten sozial- und arbeitsrechtlichen Verbesserungen.
Die Entschärfungen wurden seitens aller erschienenen Berufsverbände einstimmig angenommen und dann beschlossen, demnach in einer großen Kundgebung der „freien Gewerkschaftsfront“ des Saargebietes in die breitere Öffentlichkeit zu treten. Die Tagung selbst war eine einzige geschlossene Abgabe an alle Gleichschaltungsveruche und ein ungebrochenes Bekenntnis zur Freiheit an der Saar.
M. B.

Inseratenmonopol in Bayern

Ämtliche Bekanntmachungen haben in erster Linie in einer nationalsozialistischen Tageszeitung des Bezirkes und, wenn eine solche nicht vorhanden ist, in einer Zeitung zu erfolgen, die schon früher die nationalsozialistische Bewegung nicht bekämpft hat. (GWB. S. 200.)

Für den Gesamtmarkt verantwortlich: Johann Vögler in Dusseldorf; für die Einzelorte: Otto Kuban in Saarbrücken, Stationendruck und Verlag; Verlag der Volksstimme GmbH, Saarbrücken u. Saarlouisstr. 5.

Dr. A. Sliosberg
INNERE KRANKHEITEN
16, r. Jules-César, Ecke 40, Bd. Emile Angier
PARIS (6) - Métro: Maubeuge - Troc. 22-04
Mittwoch und Freitag von 2-4 Uhr
und nach vorheriger Anmeldung

Deutsche Poliklinik Paris, 62, Rue de la Rochefoucauld
a) Allgemeine Konsultationen von 7 Spezialisten
b) Chirurgie Zweifelhafte Sanatoriumsgebäude. Die aller modernste Einrichtung
c) Geburtshilfliche Klinik Vierstündiges Gebäude. Zimmer mit 1 bis 4 Betten
d) Zahnärztliches Kabinett Zahn- und Mundchirurgie
Ordination täglich von 9-12 und 2-8; Sonn- und Feiertags von 10-12 und 2-4 Uhr